Liste Fritz. Tirol

Pressespiegel
KW 13
24. bis 30.03.2025

In der Innsbrucker Stadtpolitik gibt es heftige Debatten über Transparenz und die Rolle der Politik bei Auftragsvergaben. Foto: Thomas Böhm

Weiterer Prüfantrag an den Stadtrechnungshof

Nach dem kritischen Bericht des Stadtrechnungshofs zur Lern-App „Innsbruck gemeinsam" der Stadt Innsbruck, die federführend vom ehemaligen Vizebürgermeister und heutigen Bürgermeister **Johannes Anzengruber** verantwortet wurde, gibt es jetzt einen weiteren Auftrag an den Rechnungshof. „Im Prüfbericht zur Lern-App wurde nachgewiesen, dass es zu Anbahnungen und Auftragsvergaben sowie Bestellungen von den politischen Amtsträgern und deren Stabstelle gekommen ist. Das darf sich nicht wiederholen", sagt der Vorsitzende des Kontrollausschusses Mesut Onay (ALI). Deshalb soll geprüft werden, wie der Budgetvoranschlag für das heurige Jahr umgesetzt wird und ob es zu politischen Anweisungen gekommen ist. Für 2024 werden stichprobenartige Prüfungen gefordert.

Für Onay geht es darum, die richtigen Konsequenzen aus den Vorgängen rund um die Lern-App zu ziehen. Schließlich hätten die Anweisungen dazu geführt, dass wichtige zur Nachvollziehbarkeit vorgeschriebene Dokumentationen zur Einhaltung der Transparenzbestimmungen und der Vergabeordnung nicht vorschriftsmäßig dokumentiert wurden. ALI, KPÖ, Liste Fritz, „Das Neue Innsbruck" und die FPÖ haben die Rechnungshofprüfung gefordert.

Die FPÖ fordert einmal mehr die Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler. „Der beste Schutz für die Südtiroler wäre die österreichische Staatsbürgerschaft", betont LA **Gudrun Kofler**. Bundes- und Landesregierung sollten sich endlich aktiv für die Belange der Südtiroler einsetzen, fordert sie. *(pn)*

Politik am Sonntag

In der Innsbrucker Stadtpolitik gibt es heftige Debatten über Transparenz und die Rolle der Politik bei Auftragsvergaben. Foto: Thomas Böhm

Weiterer Prüfantrag an den Stadtrechnungshof

Nach dem kritischen Bericht des Stadtrechnungshofs zur Lern-App „Innsbruck gemeinsam“ der Stadt Innsbruck, die federführend vom ehemaligen Vizebürgermeister und heutigen Bürgermeister **Johannes Anzengruber** verantwortet wurde, gibt es jetzt einen weiteren Auftrag an den Rechnungshof. „Im Prüfbericht zur Lern-App wurde nachgewiesen, dass es zu Anbahnungen und Auftragsvergaben sowie Bestellungen von den politischen Amtsträgern und deren Stabstelle gekommen ist. Das darf sich nicht wiederholen“, sagt der Vorsitzende des Kontrollausschusses Mesut Onay (ALI). Deshalb soll geprüft werden, wie der Budgetvoranschlag für das heurige Jahr umgesetzt wird und ob es zu politischen Anweisungen gekommen ist. Für 2024 werden stichprobenartige Prüfungen gefordert.

Für Onay geht es darum, die richtigen Konsequenzen aus den Vorgängen rund um die Lern-App zu ziehen. Schließlich hätten die Anweisungen dazu geführt, dass wichtige zur Nachvollziehbarkeit vorgeschriebene Dokumentationen zur Einhaltung der Transparenzbestimmungen und der Vergabeordnung nicht vorschriftsmäßig dokumentiert wurden. ALI, KPÖ, Liste Fritz, „Das Neue Innsbruck“ und die FPÖ haben die Rechnungshofprüfung gefordert.

Die FPÖ fordert einmal mehr die Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler. „Der beste Schutz für die Südtiroler wäre die österreichische Staatsbürgerschaft“, betont LA **Gudrun Kofler**. Bundes- und Landesregierung sollten sich endlich aktiv für die Belange der Südtiroler einsetzen, fordert sie. *(pn)*

169 Mio.

Tirols Gemeinden erhielten im Vorjahr 169 Mio. Euro aus dem Gemeindeausgleichsfonds. Wie sie das Geld verwenden, daraus machen noch viele ein Geheimnis.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Die finanzielle Situation in den Gemeinden ist angespannt. 117 Gemeinden sind stark oder voll verschuldet. Die Schulden stiegen auf 1,196 Milliarden Euro an, dazu kommen noch die Verbindlichkeiten für die Gemeindeverbände von 235 Mio. Euro.

Foto: Daniel Liebl

> *„Wer mit öffentlichen Geldern arbeitet, muss bereit sein, darüber öffentlich Rechenschaft abzulegen.“*
>
> **Birgit Obermüller/NEOS (Klubobfrau)**

Deshalb sind die Kommunen auf die so genannten Bedarfszuweisungen aus dem Gemeindeausgleichsfonds (GAF) für den Ausbau und den Erhalt der kommunalen Infrastruktur angewiesen. Vor allem strukturschwache Gemeinden mit begrenzten budgetären Ressourcen profitieren von den Fördermitteln, die zum Ausgleich zwischen finanzschwachen und finanzstarken Gemeinden beitragen. Im Vorjahr wurden 169 Mio. Euro ausgeschüttet, 2023 rund 153 Millionen.

Die Investitionen fließen vor allem in den Erhalt der kommunalen Infrastruktur, in die Kinderbetreuung, in Schulen oder Wohn- und Pflegeheime. Jetzt flammt eine Debatte über die Geheimniskrämerei von Gemeinden auf. Die Klubobfrau der NEOS Birgit Obermüller spricht von einer Verteilung hinter verschlosse-

Eingeklemmt und schwer am Kopf verletzt

Patsch – Zu einem schweren Unfall kam es Samstagmittag auf der Baustelle des Brennerbasistunnels in Patsch. Gegen 12.20 Uhr wurde ein 37-jähriger ungarischer Arbeiter in der so genannten „Tübbinghalle“ mit schweren Kopfverletzungen gefunden. Der Mann war zwischen zwei Tübbingen eingeklemmt. Ein Arbeitskollege musste die schweren Betonelemente wegfahren, erst dann konnte der Notarzt zum Schwerverletzten vordringen. Der 37-Jährige wurde nach der Erstversorgung für die weitere Behandlung in die Klinik Innsbruck gebracht. Gegenstand polizeilicher Ermittlungen ist, wie es überhaupt zu dem schweren Unfall kommen konnte. *(TT)*

Ein Arbeiter wurde zwischen Betonbauteilen eingeklemmt. Foto: Falk

Gekennzeichneter Download (ID=3gNzPUqX3MRYq4cHo9R5-UA_TCsyFmJDZHEu7MebBXg)

Antrag auf Schluss der Debatte

Letztendlich lief die Debatte über die Bausperren länger als gedacht. Immer neue Wortmeldungen kamen hinzu. Aliena Kappe stellte schlussendlich den Antrag auf Ende der Debatte. Bürgermeister Anzengruber zählte die Gegenstimmen, die nicht ausreichend waren. "Das neue Innsbruck", FPÖ, Liste Fritz, ALi, KPÖ stimmten dagegen. Der Schluss der Debatte wurde beschlossen. Nach weiteren abzuarbeitenden Wortmeldungen wurden die Bausperren im Innsbrucker Gemeinderat für Vorbehaltsflächen beschlossen.
Stimmenthaltung gab es bei der Liste Tursky, für die Bausperre stimmten alle Parteien außer die FPÖ.

Vorbehaltsflächen

Bausperren beschlossen - Keine "Enteignungskeule"

27. März 2025, 13:24 Uhr

Der Schlüssel zum Eigenheim ist in Tirol teuer, da man sich Grund und Boden erst einmal leisten können muss. Die SPÖ Tirol fordert Vorbehaltsflächen für den geförderten Wohnbau.
Foto: Pixabay/PhotoMIX-Company (Symbolbild) hochgeladen von MeinBezirk Tirol

Eigentlich war das Thema der Vorbehaltsflächen und der damit zusammenhängenden Bausperren als zehnter Tagesordnungspunkt in der März-Gemeinderatssitzung vorgesehen. Auf Antrag von Liste Fritz-Haslwanter-Schneider wurde die Thematik vorgezogen und direkt nach der aktuellen Stunde behandelt. Eine über drei Stunden lange Debatte folgte.

INNSBRUCK. In Innsbruck fallen 23 Grundflächen von 26 (Mit)Eigentümerinnen und Eigentümern (darunter kirchliche Einrichtungen, Investoren oder Grundbesitzerinnen und Grundbesitzer aus dem Ausland) in Innsbruck unter das Planungsinstrument des Tiroler Raumordnungsgesetzes. Als erster Schritt zur Maßnahme der Vorbehaltsflächen wird über die betroffenen Grundflächen eine Bausperre verhängt. Diese Bausperren wurden im Gemeinderat in einem vorgezogenen Tagesordnungspunkt beschlossen.

Toplinks

BEZAHLTE ANZEIGE
ÜBERRASCHEND NAH
VON HAND, MIT HERZ
Unsere „Qualität Tirol" ProduzentInnen stehen für Qualität, Nachhaltigkeit und

Das neue Innsbruck – "Über dieses Projekt werden keine Wohnungen entstehen"

Das fehlende Miteinander oder genauer gesagt, das "wie" kritisierte auch Gemeinderätin Winkler von "Das neue Innsbruck". Besonders die Aussage des Bürgermeisters, man müsse nur die Zeitung lesen, dann bekäme man die nötigen Informationen. Winkler selbst kündigte an, sich aufgrund dieses "wie" bei der Abstimmung zu enthalten.
Kollege Stoll von "Das neue Innsbruck" bezweifelt zudem, dass die Bausperren großen Sinn ergeben. Besonders die juristischen "Streitereien", die auf die Stadt zukommen, sieht Stoll kritisch. Auch wann die Wohnungen gebaut werden sollen, fragt sich Stoll, "über dieses Projekt werden keine neuen Wohnungen in absehbarer Zeit entstehen", wird prophezeit.

KPÖ – "Keine Profite mit der Miete"

Pia Tomedi von der KPÖ hält ebenfalls fest, dass die Partei für den Beschluss stimmen wird. Jedoch wäre es damit nicht getan.

> "Worum es eigentlich gehen sollte, ist, dass mit dem Grundbedürfnis Wohnen spekuliert wird und Profite gemacht werden. Beim Wohnen darf es nicht sein, dass sich einige Wenige mit dem Grundbedürfnis aller schamlos bereichern. Wir müssen das Grundbedürfnis Wohnen dem Markt entziehen, denn der Markt regelt nichts, außer die Profite der Wenigen, die eh schon genug haben."

Die KPÖ verweist in der Debatte auf das konservativ regierte Südtirol. Dort sei es sogar seit 1972 gelebte Praxis, dass Gemeinden bei Baulandwidmungen bis zu ⅔ der Fläche für den gemeinnützigen Wohnbau beanspruchen könnten.
Kritik übt die KPÖ auch an der Opposition, vor allem an der FPÖ, die sich vehement gegen die Vorbehaltsflächen stellt:

> „Gerade die FPÖ zeigt hier ganz ungeniert, welche Interessen sie vertritt, nämlich offensichtlich jene von Großgrundspekulanten. Wer einen solchen Baugrund 25 Jahre lang gehortet hat, macht selbst mit den Vorbehaltsflächen noch immer mehr als 2 Millionen Euro Profit, und das völlig ohne Leistung. Eine Partei, die sich jetzt lieber auf die Seite solcher Wohnraumspekulanten stellt, statt auf die Seite der Innsbrucker, die unter den hohen Wohnkosten leiden, kann nicht mehr behaupten, das Volk zu vertreten.",

heißt es noch in einer Presseaussendung der KPÖ zur Thematik.

ALi - Enteignet dem Recht auf bezahlbares Wohnen

Seitens der Alternativen Liste Innsbruck (ALi) befürwortet man die Maßnahme deutlich, so Gemeinderat Mesut Onay. Allerdings bräuchte es weitere Maßnahmen, neben den Vorbehaltsflächen.

> "Wenn man von Enteignung spricht, kann ich sagen: Ja, es wurde enteignet, und zwar die Menschen hier in Innsbruck, gerade die jungen Familien wurden ihrem Recht enteignet auf bezahlbares Wohnen. Zum Wohle der ungezügelten Wohnraumspekulation, der Baulandspekulation."

Mit dem Beschluss der Bausperren würde man vor allem Zeit gewinnen, so Onay.
ALi wird zustimmen, auch wenn sie die Entwicklung der Maßnahme kritisch beobachten werden.

FPÖ - Woher der Gesinnungswandel, Herr Bürgermeister?

Ebenfalls wird von Gemeinderat Lassenberger die Kurzfristigkeit der Information an die Opposition zu den Vorbehaltsflächen kritisiert. Für Lassenberger bleibt es allerdings eine "Enteignung", da der bezahlte Preis deutlich geringer wäre, als der Immobilienpreisspiegel vorgibt.
Besonders betonte Lassenberger den "Sinneswandel" des Bürgermeisters Anzengrubers. In Auszügen aus alten Sitzungen zitierte Lassenberger die Worte Anzengrubers. Damals kritisierte Anzengruber den damaligen Bürgermeister Willi in ebendieser Thematik, dass es ein "drüberfahren" gegeben hätte.
Das betonte Miteinander im Gemeinderat wäre gestorben, so der FPÖ-Gemeinderat, als die Aussendung und Einberufung zur Bauausschusssitzung kam, mit der Ankündigung, dass man "ratz-fatz" eine Bausperre veranlasst, die schnell abgehandelt und dann im Gemeinderat "durchgedrückt" wird. Im weiteren Verlauf der Gemeinderatssitzung pochte FPÖ-Kollege Walch darauf, dass die FPÖ definitiv nicht für den Beschluss stimmen wird.

SPÖ-Plach: Was lange währt, wird endlich gut

In den Augen Plachs hat der Gemeinderat einen "historischen Beschluss" vor sich. Denn nach vielen Jahren wird eine Maßnahme angegangen, die "auch wirklich leistbaren Wohnraum schaffen will". Der SPÖ-Gemeinderat hebt die ernste Situation am Innsbrucker Wohnungsmarkt hervor, dass die Mieten einfach nicht mehr leistbar sind. Die Vorbehaltsflächen wären ein kleiner Schritt, um die Wohnungsnot in Innsbruck zu bekämpfen. Den Kritikern wirft Plach entgegen, dass man ein Landesgesetz aus den 90er anwendet. Bauland, das seit den 70er und 80er Jahren als Bauland mitten in der Stadt gewidmet ist, müsse genutzt werden, und das mit einem Mindestanteil an gefördertem Wohnbau. Mit der Bausperre möchte man Fehlentwicklungen, wie in der Vergangenheit, vermeiden. Bauprojekte, die als Eigenbedarf deklariert waren, endeten in enormen Immobilienprojekten, bei denen sich so manche Investoren eine goldene Nase verdient hätten.

> "Wir ziehen nicht mit der Enteignungskeule durch Innsbruck. [...] Niemand wird enteignet, niemand wird entrechtet, ganz im Gegenteil, es wird ein Verfahren auf der Grundlage unserer Rechtsordnung eingeleitet. Schritt für Schritt mit der Wahrung aller Prozessrechte, kein Schnellschuss, keine Enteignungsorgie, ein ganz normaler politischer Prozess in unserem Rechtsstaat. In unserem Land gibt es Enteignungen für Straßen, in unserem Land gibt es Enteignungen für Seilbahnen, dann ist es wohl mehr als gerecht, wenn man eine Raumordnungspolitische Maßnahme, die weit weg ist von einer Enteignung, zur Schaffung von geförderten Wohnbau anwendet. "

Die betroffenen Flächen, im Rahmen der gesetzlichen Grundlagen, können von Seiten der Stadt und eines gemeinnützigen Wohnbauträgers zu Konditionen der Wohnbauförderung erworben werden, 619 Euro pro Quadratmeter (gemäß den aktuellen Wohnbauförderungsrichtlinien). Dabei würden kein Bauer und keine Bäuerin gezwungen, ihre Landwirtschaft aufzugeben.

Janine Bex, Grüne, erläuterte anschließend abermals, welche Kriterien für die Grundflächen galten, die als Vorbehaltsflächen gewertet wurden. Unter anderem handelt es sich um Grundflächen, die seit mehr als 15 Jahren als Bauland brach liegen oder dass eine bestimmte Dichte besteht, ein bestimmter Abstand zu den Nachbarn muss eingehalten werden können.
Die Eigentümer der betroffenen Flächen werden in den kommenden Tagen mit einem Brief des Bürgermeisters persönlich informiert.

Liste Fritz – "Niemand nimmt niemanden etwas weg"

Die Jubelstürme kann Liste Fritz Haselwanter-Schneider nicht ganz nac vollziehen. Sie relativiert die Maßnahme: "Ja, es ist ein Schritt in die rich tige Richtung", aber es ist letztendlich erst einmal "nur" eine Bausperre, die ein Jahr hält. Zudem kritisiert Haselwanter-Schneider die Politik der vergangenen Jahre seitens SPÖ. Dass SPÖ-Gemeinderat Plach nun de art frohlockt, nachdem seine Partei in den letzten Stadtregierungen mi verantwortlich dafür war, dass in Sachen Vorbehaltsflächen nichts wei terging, ist in den Augen Haselwanter-Schneiders nicht ganz koscher.

> "Ich will allen Enteignungsschreiern sagen: diese Flächen bleiben gewidmetes Bauland, es nimmt niemand, niemanden etwas weg. [...] Es ist jemanden mit einer Fläche von 7.000 Quadratmetern zumutbar, einen Teil von dieser Fläche zu anderen Konditionen zu verkaufen."

Abermals wird auch von Haselwanter-Schneider darauf verwiesen, da Innsbruck 2022 eine Vorbehaltsgemeinde wurde und verpflichtet ist, Fl chen für geförderten Wohnbau auszuweisen. Genau wie viele weitere Gemeinden in Tirol.
Kritisch sieht Haselwanter-Schneider allerdings auch, dass man die Op position erst eine Woche vor der Gemeinderatssitzung über die Thema der "Bausperren" informierte, schon fast "überfallsartig", so die Liste Frit Gemeinderätin. Aufgrund dieser Vorgehensweise befürchtet Haselwan ter-Schneider, dass "uns das rechtlich um die Ohren fliegen wird" und nicht standhalten wird.
Trotzdem wird die Liste Fritz für die Vorbehaltsflächen stimmen, "auch wenn Fragen offen bleiben".

Parken in Innsbruck wird um 10 % teurer

Opposition kritisiert „wirtschaftsfeindliche“ Maßnahme, Stadträtin verteidigt Erhöhung der Parkgebühren.

Innsbruck – Die Gebühren in den Innsbrucker Kurzparkzonen werden von einem Euro pro halber Stunde auf 1,10 Euro angehoben: Das hat der Gemeinderat gestern mehrheitlich – gegen die Stimmen von FPÖ, Neuem Innsbruck, KPÖ und Liste Fritz – beschlossen.

Von der Opposition kam teils harsche Kritik: Die Erhöhung sei „arbeitnehmer- und wirtschaftsfeindlich“, befand Reini Happ (FPÖ) – zumal Innsbruck bei den Parkgebühren österreichweit ohnehin schon in den Top 3 liege.

> *„Diverse Gebühren wurden bereits erhöht, jetzt wird den Bürgern der letzte Euro aus der Tasche gepresst.“*
>
> Reini Happ
> (Gemeinderat, FPÖ)

Nach der Erhöhung der Abfallgebühren um über 10 % und der übrigen Gebühren um 5 % agiere die Stadt neuerlich als „Gebührentreiber“, kritisierte Markus Stoll (Neues Innsbruck). Hinzu komme, dass die Parkautomaten kein Wechselgeld ausgeben und Kartenzahlung nicht möglich ist (im Gegensatz zur Zahlung per Handy-App, Anm.). Tom Mayer (Liste Fritz) verwies darauf, dass viele KundInnen schon jetzt von der Innenstadt auf Einkaufzentren mit ihren kostenlosen Parkmöglichkeiten ausweichen würden.

> *„Parkraumbewirtschaftung sorgt für sinnvolle Flächenfluktuation, auch im Sinne der Wirtschaft.“*
>
> Janine Bex
> (Mobilitätsstadträtin, Grüne)

Gebührenerhöhungen seien „nicht beliebt“, ist Mobilitätsstadträtin Janine Bex (Grüne) bewusst, es gebe jedoch eine „gemeinsame Budgetverantwortung“. Zugleich setze man auf eine Stärkung der gelben Innenstadtkarte (die u. a. Gratis-Parkzeit in Innenstadt-Garagen ermöglicht). Mit der Kategorie „Berufsparken“ ermögliche man Erleichterungen etwa für Handwerker und Pflegepersonal. Generell sorge Parkraumbewirtschaftung für „sinnvolle Flächenfluktuation, auch im Sinne der Wirtschaft“ und vor allem der AnrainerInnen. Wobei sich die InnsbruckerInnen „großteils bereits vorbildlich im Umweltverbund“ (Öffis, Rad, Fußwege) bewegen würden, wie Bex ergänzte. Man arbeite zudem an einer weiteren Attraktivierung der Innenstadt.

Ein Ergänzungsantrag der KPÖ, mit zusätzlichen Einnahmen aus den Parkgebühren die Öffi-Tariferhöhungen bei VVT und IVB abzufedern, fand gestern keine Mehrheit. *(md)*

Opposition rechnet mit App-Flop ab

Im Innsbrucker Gemeinderat ging die Opposition mit der eingestellten Lern-App von Bürgermeister Anzengruber hart ins Gericht.

Innsbruck – Die Lern-App „Innsbruck Gemeinsam“ ging 2021 online und im Juli 2024 offline – sie wurde eingestellt. Die Prüfung des Stadtrechnungshofs zeichnet jetzt ein zweifelhaftes Bild von Genese, Beauftragung und Abwicklung dieser App. Politisch verantwortlich war der damalige VP-Vizebürgermeister und heutige Stadtchef Johannes Anzengruber (JA – Jetzt Innsbruck).

Foto: Rita Falk

„Es ist eine tragische Geschichte in drei Akten. Denn bei der App gab es keine Zusammenarbeit der Ämter.“

GR Mesut Onay/ALi
(Kontrollausschuss-Vorsitzender)

Der Vorsitzende des Kontrollausschusses Mesut Onay listete penibel eine „tragische“ Geschichte in drei Akten auf. Die 47.000 Euro für die App haben nämlich drei unterschiedliche Ämter (Sicherheit, Gesundheit und Berufsfeuerwehr) bezahlt. Aber eine Zusammenarbeit habe es nicht gegeben.

Anzengruber gibt zu, dass die Vergabe nicht ganz perfekt bzw. chaotisch gelaufen sei und er es heute nicht mehr so machen würde. Die Korruptionsstaatsanwaltschaft habe die Causa, auch im Zusammenhang mit den „Erlebnis Cards“, geprüft und die Ermittlungen eingestellt. Außerdem: Die Inhalte würden nach wie vor zur Verfügung stehen.

Anders die Opposition: Andrea Haselwanter-Schneider (Liste Fritz) mahnte die politisch-moralische Verantwortung Anzengrubers ein. Noch härter formulierte es FPÖ-Klubobfrau Andrea Dengg, die von einem „Selbstbedienungsladen des Bürgermeisters“ spricht. An Compliance-Richtlinien (transparentes Handeln) müsse sich vor allem Anzengruber halten.

Markus Stoll vom Neuen Innsbruck kritisiert, dass die App ein Beispiel dafür ist, wie man es nicht macht. Für den grünen Klubchef Dejan Lukovic müssten die Empfehlungen des Rechnungshofs umgesetzt und die Lehren daraus gezogen werden. *(pn)*

„Bei großen, lang brachliegenden Flächen 50 % zu einem reduzierten Preis bereitzustellen, ist zumutbar.“

Vizebürgermeister Georg Willi
(Wohnungsstadtrat, Grüne)

„Die Bausperre ist das liebste Mittel der neuen Regierung, um Eigentümer in die Knie zu zwingen.“

Markus Lassenberger
(Oppositions-Stadtrat, FPÖ)

Klares Votum: Nach drei Stunden hitziger Debatte hoben sich 29 Hände für die Bausperre zur Absicherung geplanter Vorbehaltsflächen. Foto: Liebl/TT

Stadt nimmt erste Hürde bei Bauland-Mobilisierung

Bausperre, die Grundflächen für geförderten Wohnbau absichern soll, fand in Innsbruck breite Mehrheit. Doch es setzte auch harsche Kritik.

Innsbruck – Am Ende einer dreistündigen, erwartet hitzigen Debatte gab es gestern im Innsbrucker Gemeinderat Applaus für eine breite Mehrheit: 29 MandatarInnen stimmten für eine Bausperre, welche die geplante Ausweisung von Vorbehaltsflächen für den geförderten Wohnbau absichern soll. Neben der Dreierkoalition aus JA, Grünen und SPÖ trugen dies auch KPÖ, Liste Fritz und ALi mit – bei Gegenstimmen der FPÖ und Enthaltung des Neuen Innsbruck.

Die Vorbehaltsflächen sollen es, wie berichtet, der Stadt oder Gemeinnützigen ermöglichen, bei mindestens 2500 m² großen, als Bauland gewidmeten, aber seit über 15 Jahren unbebauten Grundflächen in Privatbesitz 50 % zu Wohnbauförderkonditionen zu erwerben, um dort leistbaren Wohnraum zu realisieren. 23 Flächen von 26 (Mit-)EigentümerInnen – ca. 10,7 Hektar – sind betroffen.

Die Diskussion verlief teils äußerst kontrovers, je nach Standpunkt reichten die Einschätzungen von „Meilenstein“ bis „Enteignung“.

„Historischer Beschluss“

„Es kann nicht sein, dass in Innsbruck Eigentumswohnungen zu weit über 10.000 Euro/m² über den Markt gehen und für 50-m²-Mietwohnungen 1500 Euro monatlich zu zahlen sind“, meinte Bürgermeister Johannes Anzengruber (JA) zum brisanten Ist-Zustand.

Wohnungsausschuss-Obmann Benjamin Plach (SPÖ) sah einen „historischen Beschluss“: „Wir schaffen es, seit Jahrzehnten brachliegendes Bauland zu mobilisieren“ – wobei er einräumte, dass der Prozess Jahre dauern werde. „Niemand wird enteignet oder

entrechtet“, ergänzte er, „wir wenden eine landesgesetzliche Grundlage, die seit den 90ern besteht, endlich an.“

Anzengruber und Planungsstadträtin Janine Bex (Grüne) bekräftigten, die Grundflächen in einem kooperativen Weg „auf Augenhöhe“ mit den Eigentümern entwickeln zu wollen.

Markus Stoll (Neues Innsbruck) bezweifelt hingegen massiv, dass über das Instrument der Vorbehaltsflächen in absehbarer Zeit leistbare Wohnungen entstehen werden. Hier werde den Innsbruckern „Sand in die Augen gestreut“. Seiner Meinung nach hätte die Stadtführung schon im Vorfeld das Gespräch mit den Grundeigentümern suchen müssen.

Genauso sieht das auch Stadtrat Markus Lassenberger (FPÖ), der sehr wohl „Enteignungsfantasien“ ortet und Anzengruber eine inhaltliche 180-Grad-Wende vorwirft.

Andrea Haselwanter-Schneider (Liste Fritz) übte Kritik in beide Richtungen: Den „Enteignungsschreiern“ hielt sie entgegen, dass niemandem etwas weggenommen werde: „Es bleibt gewidmetes Bauland.“ Zugleich kritisierte sie eine „überfallsartige“ Vorgehensweise der Stadtführung ohne Einbindung der Opposition. *(md)*

Parken in Innsbruck wird um 10 % teurer

Opposition kritisiert „wirtschaftsfeindliche“ Maßnahme, Stadträtin verteidigt Erhöhung der Parkgebühren.

Innsbruck – Die Gebühren in den Innsbrucker Kurzparkzonen werden von einem Euro pro halber Stunde auf 1,10 Euro angehoben: Das hat der Gemeinderat gestern mehrheitlich – gegen die Stimmen von FPÖ, Neuem Innsbruck, KPÖ und Liste Fritz – beschlossen.

Von der Opposition kam teils harsche Kritik: Die Erhöhung sei „arbeitnehmer- und wirtschaftsfeindlich“, befand Reini Happ (FPÖ) – zumal Innsbruck bei den Parkgebühren österreichweit ohnehin schon in den Top 3 liege.

„Diverse Gebühren wurden bereits erhöht, jetzt wird den Bürgern der letzte Euro aus der Tasche gepresst.“

Reini Happ
(Gemeinderat, FPÖ)

Nach der Erhöhung der Abfallgebühren um über 10 % und der übrigen Gebühren um 5 % agiere die Stadt neuerlich als „Gebührentreiber“, kritisierte Markus Stoll (Neues Innsbruck). Hinzu komme, dass die Parkautomaten kein Wechselgeld ausgeben und Kartenzahlung nicht möglich ist (im Gegensatz zur Zahlung per Handy-App, Anm.). Tom Mayer (Liste Fritz) verwies darauf, dass viele KundInnen schon jetzt von der Innenstadt auf Einkaufzentren mit ihren kostenlosen Parkmöglichkeiten ausweichen würden.

„Parkraumbewirtschaftung sorgt für sinnvolle Flächenfluktuation, auch im Sinne der Wirtschaft.“

Janine Bex
(Mobilitätsstadträtin, Grüne)

Gebührenerhöhungen seien „nicht beliebt“, ist Mobilitätsstadträtin Janine Bex (Grüne) bewusst, es gebe jedoch eine „gemeinsame Budgetverantwortung“. Zugleich setze man auf eine Stärkung der gelben Innenstadtkarte (die u. a. Gratis-Parkzeit in Innenstadt-Garagen ermöglicht). Mit der Kategorie „Berufsparken“ ermögliche man Erleichterungen etwa für Handwerker und Pflegepersonal. Generell sorge Parkraumbewirtschaftung für „sinnvolle Flächenfluktuation, auch im Sinne der Wirtschaft“ und vor allem der AnrainerInnen. Wobei sich die InnsbruckerInnen „großteils bereits vorbildlich im Umweltverbund“ (Öffis, Rad, Fußwege) bewegen würden, wie Bex ergänzte. Man arbeite zudem an einer weiteren Attraktivierung der Innenstadt.

Ein Ergänzungsantrag der KPÖ, mit zusätzlichen Einnahmen aus den Parkgebühren die Öffi-Tariferhöhungen bei VVT und IVB abzufedern, fand gestern keine Mehrheit. *(md)*

Gekennzeichneter Download (ID=3gNzPUqX3MRYq4cHo9R5-UA_TCsyFmJDZHEu7MebBXg)

> *Bei großen, lang brachliegenden Flächen 50 % zu einem reduzierten Preis bereitzustellen, ist zumutbar."*
>
> Vizebürgermeister Georg Willi (Wohnungsstadtrat, Grüne)

> *Die Bausperre ist das liebste Mittel der neuen Regierung, um Eigentümer in die Knie zu zwingen."*
>
> Markus Lassenberger (Oppositions-Stadtrat, FPÖ)

Klares Votum: Nach drei Stunden hitziger Debatte hoben sich 29 Hände für die Bausperre zur Absicherung geplanter Vorbehaltsflächen. Foto: Liebl/TT

Stadt nimmt erste Hürde bei Bauland-Mobilisierung

Bausperre, die Grundflächen für geförderten Wohnbau absichern soll, fand in Innsbruck breite Mehrheit. Doch es setzte auch harsche Kritik.

Innsbruck – Am Ende einer dreistündigen, erwartet hitzigen Debatte gab es gestern im Innsbrucker Gemeinderat Applaus für eine breite Mehrheit: 29 MandatarInnen stimmten für eine Bausperre, welche die geplante Ausweisung von Vorbehaltsflächen für den geförderten Wohnbau absichern soll. Neben der Dreierkoalition aus JA, Grünen und SPÖ trugen dies auch KPÖ, Liste Fritz und ALi mit – bei Gegenstimmen der FPÖ und Enthaltung des Neuen Innsbruck.

Die Vorbehaltsflächen sollen es, wie berichtet, der Stadt oder Gemeinnützigen ermöglichen, bei mindestens 2500 m² großen, als Bauland gewidmeten, aber seit über 15 Jahren unbebauten Grundflächen in Privatbesitz 50 % zu Wohnbauförderkonditionen zu erwerben, um dort leistbaren Wohnraum zu realisieren. 23 Flächen von 26 (Mit-) EigentümerInnen – ca. 10,7 Hektar – sind betroffen.

Die Diskussion verlief teils äußerst kontrovers, je nach Standpunkt reichten die Einschätzungen von „Meilenstein" bis „Enteignung".

„Historischer Beschluss"

„Es kann nicht sein, dass in Innsbruck Eigentumswohnungen zu weit über 10.000 Euro/m² über den Markt gehen und für 50-m²-Mietwohnungen 1500 Euro monatlich zu zahlen sind", meinte Bürgermeister Johannes Anzengruber (JA) zum brisanten Ist-Zustand.

Wohnungsausschuss-Obmann Benjamin Plach (SPÖ) sah einen „historischen Beschluss": „Wir schaffen es, seit Jahrzehnten brachliegendes Bauland zu mobilisieren" – wobei er einräumte, dass der Prozess Jahre dauern werde. „Niemand wird enteignet oder entrechtet", ergänzte er, „wir wenden eine landesgesetzliche Grundlage, die seit den 90ern besteht, endlich an."

DER NEUE INTIMISSIMI UOMO-SHOP
JETZT GEHT'S DEN HERREN AN DIE WÄSCHE.
RATHAUS GALERIEN
MARIA-THERESIEN-STRASSE INNSBRUCK

Anzengruber und Planungsstadträtin Janine Bex (Grüne) bekräftigten, die Grundflächen in einem kooperativen Weg „auf Augenhöhe" mit den Eigentümern entwickeln zu wollen.

Markus Stoll (Neues Innsbruck) bezweifelt hingegen massiv, dass über das Instrument der Vorbehaltsflächen in absehbarer Zeit leistbare Wohnungen entstehen werden. Hier werde den Innsbruckern „Sand in die Augen gestreut". Seiner Meinung nach hätte die Stadtführung schon im Vorfeld das Gespräch mit den Grundeigentümern suchen müssen.

Genauso sieht das auch Stadtrat Markus Lassenberger (FPÖ), der sehr wohl „Enteignungsfantasien" ortet und Anzengruber eine inhaltliche 180-Grad-Wende vorwirft.

Andrea Haselwanter-Schneider (Liste Fritz) übte Kritik in beide Richtungen: Den „Enteignungsschreiern" hielt sie entgegen, dass niemandem etwas weggenommen werde: „Es bleibt gewidmetes Bauland." Zugleich kritisierte sie eine „überfallsartige" Vorgehensweise der Stadtführung ohne Einbindung der Opposition. *(md)*

Opposition rechnet mit App-Flop ab

Im Innsbrucker Gemeinderat ging die Opposition mit der eingestellten Lern-App von Bürgermeister Anzengruber hart ins Gericht.

Innsbruck – Die Lern-App „Innsbruck Gemeinsam" ging 2021 online und im Juli 2024 offline – sie wurde eingestellt. Die Prüfung des Stadtrechnungshofs zeichnet jetzt ein zweifelhaftes Bild von Genese, Beauftragung und Abwicklung dieser App. Politisch verantwortlich war der damalige VP-Vizebürgermeister und heutige Stadtchef Johannes Anzengruber (JA – Jetzt Innsbruck).

Foto: Rita Falk

„Es ist eine tragische Geschichte in drei Akten. Denn bei der App gab es keine Zusammenarbeit der Ämter."

GR Mesut Onay/ALi (Kontrollausschuss-Vorsitzender)

Der Vorsitzende des Kontrollausschusses Mesut Onay listete penibel eine „tragische" Geschichte in drei Akten auf. Die 47.000 Euro für die App haben nämlich drei unterschiedliche Ämter (Sicherheit, Gesundheit und Berufsfeuerwehr) bezahlt. Aber eine Zusammenarbeit habe es nicht gegeben.

Anzengruber gibt zu, dass die Vergabe nicht ganz perfekt bzw. chaotisch gelaufen sei und er es heute nicht mehr so machen würde. Die Korruptionsstaatsanwaltschaft habe die Causa, auch im Zusammenhang mit den „Erlebnis Cards", geprüft und die Ermittlungen eingestellt. Außerdem: Die Inhalte würden nach wie vor zur Verfügung stehen.

Anders die Opposition: Andrea Haselwanter-Schneider (Liste Fritz) mahnte die politisch-moralische Verantwortung Anzengrubers ein. Noch härter formulierte es FPÖ-Klubobfrau Andrea Dengg, die von einem „Selbstbedienungsladen des Bürgermeisters" spricht. An Compliance-Richtlinien (transparentes Handeln) müsse sich vor allem Anzengruber halten.

Markus Stoll vom Neuen Innsbruck kritisiert, dass die App ein Beispiel dafür ist, wie man es nicht macht. Für den grünen Klubchef Dejan Lukovic müssten die Empfehlungen des Rechnungshofs umgesetzt und die Lehren daraus gezogen werden. *(pn)*

INNSBRUCK

Gemeinderat hat Bauland-Sperre beschlossen

Der Innsbrucker Gemeinderat hat am Donnerstag die Verhängung einer Bausperre über 23 Grundflächen zur künftigen Ausweisung als Vorbehaltsflächen für den geförderten Wohnbau beschlossen. Nur die FPÖ stimmte dagegen, „das Neue Innsbruck" enthielt sich.

Online seit heute, 15.10 Uhr

Der Vorstoß der Stadtregierung hatte bereits im Vorfeld für einiges an Aufsehen gesorgt. Denn am Ende des Prozesses – der Änderung des Örtlichen Raumordnungskonzepts (ÖROKO) – sollen die betroffenen rund zehn Hektar von 26 Grundeigentümern als Vorbehaltsflächen für den geförderten Wohnbau ausgewiesen werden.

Maximal 50 Prozent der mindestens 2.500 Quadratmeter großen Fläche müssen entweder an die Stadt oder einen gemeinnützigen Bauträger zu Wohnbauförderkonditionen verkauft werden. Geschieht dies nicht, erfolgt nach zehn Jahren eine Rückwidmung ins Freiland – mit erheblichem Wertverlust – mehr dazu in **Bausperre für 23 Grundflächen vor Beschluss**. Betroffen sind neben Privatpersonen auch kirchliche Einrichtungen, Investoren oder Grundbesitzer aus dem Ausland.

Anzengruber will „kooperativen Prozess"

Bürgermeister Johannes Anzengruber (Liste JA – Jetzt Innsbruck) verwies im Gemeinderat einmal mehr auf die Definition Innsbrucks als Vorbehaltsgemeinde im Jahr 2022. Damit sei die Ausweisung der Vorbehaltsflächen „ein klares Muss" geworden.

Schließlich könne es nicht sein, „dass weiterhin Eigentumswohnungen mit weit über 10.000 Euro pro Quadratmeter und Mietwohnungen mit 50 Quadratmeter um über 1.500 Euro pro Monat am Markt sind". Der Stadtchef betonte, dass der Prozess „kooperativ" über die Bühne gehen werde: „Wir beschließen ja heute nicht die Vorbehaltsflächen."

Willi bezeichnet hohe Grundkosten als Problem

Vizebürgermeister Georg Willi (Grüne), der in seiner Zeit als Bürgermeister mit der Ausweisung der Vorbehaltsflächen gescheitert war, nannte hohe Grundkosten als Problem. Man könne den Menschen nur dann helfen, wenn man mehr Wohnungen habe, die preisgünstig errichtet wurden.

Gleichzeitig ritt Willi einen Frontalangriff auf die FPÖ: „Ihr schädigt eure eigenen Wählerinnen und Wähler, indem ihr sagt, jeder Grundbesitzer soll den maximalen Gewinn machen und alles andere ist enteignen."

SPÖ spricht von normalem Prozess in Rechtsstaat

Für SPÖ-Stadtparteivorsitzenden und Klubobmann Benjamin Plach handelt es sich um einen ganz normalen Prozess in einem Rechtsstaat" „Wir wenden nur endlich ein Landesgesetz an, das in den 1990er-Jahren beschlossen wurde. Niemand wird entrechtet, niemand wird enteignet", hielt er fest.

Der nunmehrige Beschluss sei nur ein Teil eines viel weitergehenden, notwendigen Paketes, zu dem etwa auch die Leerstandsmobilisierung gehöre.

FPÖ zweifelt an Einigung mit Kirche

Die FPÖ als größte Oppositionspartei im Stadtparlament blieb dabei: „Es ist für uns eine Enteignung", sagte Stadtrat Markus Lassenberger und verwies darauf, dass der Quadratmeterpreis für Freiland rund 1.000 Euro unter jenem für Bauland liegt. „Und wem fehlen dann die 1.000 Euro? Demjenigen, dem es gehört", argumentierte Lassenberger.

Auch ob die Katholische Kirche als Eigentümer an die Stadt Flächen abtreten werde, bezweifelte Lassenberger: „In der Vergangenheit war die Kirche nicht sehr gewillt. Da ist der Kirche der eigene Säckel wichtiger als alles andere."

Der Freiheitliche warf Bürgermeister Anzengruber zudem vor, eben nicht – wie dieser ankündigte und früher als ÖVP-Klubobmann forderte – kooperativ vorzugehen: „Das ist wieder mal ein absoluter Überfall und hat mit ‚gemeinsam' überhaupt nichts zu tun." Eigentümer würden durch die Maßnahme „in die Knie" gezwungen.

Kritik und Zustimmung von KPÖ, Liste Fritz und ALI

Auch KPÖ-Klubobfrau Pia Tomedi war trotz Zustimmung ihrer Fraktion der Meinung, dass durch den Beschluss keine Wohnung billiger werde. Die Stadtregierung habe auch „keinen konkreten Plan, wie viele leistbare Wohnungen sie tatsächlich bauen will", kritisierte die Klubchefin und ortete das Grundproblem darin, „dass mit dem Grundbedürfnis Wohnen spekuliert wird und Profite gemacht werden."

Liste Fritz-Parteichefin und Gemeinderätin Andrea Haselwanter-Schneider verstand nicht, dass „man jetzt so in Jubelstürme ausbrechen muss", es sei nur ein Schritt in die richtige Richtung. Gleichzeitig nahm sie die SPÖ in die Pflicht, die auch in der vergangenen Stadtregierung vertreten war. „In Innsbruck ist am Bedarf vorbei gebaut worden. Man hat auch die Instrumente, die man zur Verfügung gehabt hätte, nicht in Anspruch genommen", verwies Haselwanter-Schneider auf eine fehlende „Bedarfserhebung und Bedarfsplanung".

Auch Mesut Onay von der Alternativen Liste Innsbruck (ALI) führte an, dass in der Vergangenheit für den Leerstand gebaut wurde und „Millionen mit Spekulationsgewinnen" gemacht wurden. Trotzdem wünschte er nun Bürgermeister Anzengruber viel Erfolg: „Wir brauchen das für das bezahlbare Wohnen."

red, tirol.ORF.at/Agenturen

Gemeinderat sprach sich für das Projekt aus

Zum Projekt „Kellerwiese“ gibt es vom Gemeinderat bereits einen mehrheitlich abgesegneten Grundsatzbeschluss. Der Kitzbüheler Bürgermeister Klaus Winkler (ÖVP) begrüßt das Vorhaben. Der gemeinnützige Bauträger sei „der Richtige“ und die Lage für die Mitarbeiter-Wohnanlage optimal: „Ich sehe das als sehr sinnvoll, wenn ein gemeinnütziger Wohnbauträger nicht nur den gemeinnützigen Siedlungswohnbau, sondern auch Personalunterkünfte schafft. Und die Personalunterkünfte entlasten ja wieder den Wohnbedarf.“

Das Gebäude soll architektonisch ansprechend sein, meint der Bürgermeister. Die Kritiker hingegen sehen einen „Wohnsilo“ entstehen, der in Folge zu einem sozialen Brennpunkt werden könnte.

Mit Liste Fritz kommt auch Kritik aus der Landespolitik

Scharfe Kritik zu dem Projekt kommt von der Liste Fritz. Gemeinnützige Wohnbaugesellschaften sollen leistbaren Wohnraum für Einheimische schaffen und nicht Mitarbeiterhäuser für Großhoteliers bauen, so Klubobmann Markus Sint. Er sieht eine Zweckentfremdung von Wohnbaufördergeldern, die gestoppt werden müsse. Gelder aus der Wohnbauförderung für Mitarbeiterhäuser zu verwenden, das sei Tourismusförderung und damit eigentlich eine nicht bestimmungsgemäße Verwendung von öffentlichen Gelder. Die Wohnbauförderrichtlinien müssen dahingehend geändert werden, fordert Sint.

red, tirol.ORF.at

KITZBÜHEL

Kritik an geplanter Personalhaus-Anlage

In Kitzbühel gibt es derzeit Unruhe rund um eine geplante Wohnanlage mit 220 Kleinwohnungen für Mitarbeiter. Und das, obwohl bereits mehrere Personalhäuser in Planung sind. Kritik kommt von der Opposition, sie verlangt eine Bedarfserhebung.

Online seit gestern, 12.56 Uhr

Te

Im Fokus steht die sogenannte „Kellerwiese“ an der B170 Brixentalstraße direkt bei der Ortseinfahrt von Kitzbühel neben der Eurotours-Zentrale. Es handelt sich um einen Privatgrund, der hauptsächlich als Freiland gewidmet ist und derzeit als Parkplatz genutzt wird. Das Grundstück ist 8.700 Quadratmeter groß. Die gemeinnützige Tiroler Wohnbau GmbH will darauf das Personalhaus im Baurecht auf 70 Jahre errichten. Dort sollen 220 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Wohnplatz finden.

Die Kitzbüheler SPÖ und die Unabhängige Liste UK sprechen von einem „Wohn-Silo“, von einem „Ghetto“ für 220 Mitarbeiter. Das Projekt sei raumordnerisch bedenklich. Auch, dass die gemeinnützige Tiroler Wohnbau Gmbh als Bauträger auftritt, kritisieren SPÖ und UK.

TVB-Obmann Harisch ist begeistert

Tourismusverbands-Obmann Christian Harisch hingegen ist voll des Lobes. Es würde noch mehr solcher Anlagen benötigen: „Im Tourismus ist es für die Zukunft entscheidend, dass es qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gibt. Und die müssen entsprechend wohnen. Wir verstehen die Zukunft so, dass für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch eine Aufenthaltsqualität besteht, dass es eine Sporteinrichtung gibt, dass sie beispielsweise gemeinsam musizieren können."

SPÖ: Gemeinnützige sollen für Einheimische bauen

Mitarbeiterwohnungen zu bauen sei nicht die Aufgabe von gemeinnützigen Wohnbauträgern, wettert Gemeinderat Reinhardt Wohlfahrtstätter (SPÖ): „Gemeinnützige haben speziell in Kitzbühel die Aufgabe leistbaren Wohnraum für Einheimische, für junge Familien und vielleicht Startwohnungen für Kitzbüheler Jugendliche zu bauen."

Liste UK: Zu groß dimensioniert

Auch andere Gemeinnützige planen bereits Mitarbeiterhäuser in Kitzbühel, das scheint ein lukratives Geschäft zu sein, so Wohlfahrtstätter. Insgesamt würden sich nun 550 Wohneinheiten in der Pipeline befinden. Der SPÖ-Gemeinderat verlangt eine seriöse, nachvollziehbare und überprüfbare Bedarfsermittlung.

Die gebe es nicht, sagt auch Stadträtin Gertraud Nothegger von der oppositionellen Liste UK. Für sie ist das Projekt auf der Kellerwiese überdimensioniert: „Das ist ein Riesenbauwerk mit 100 Metern Länge, das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Man hat das Eurotours-Gebäude nebenan und es ist mindestens doppelt so groß von der Kubatur her."

Derzeit werden Mitarbeiter „verteilt"

Getraud Nothegger verweist darauf, dass zuvor schon TVB-Obmann Christian Harisch auf diesem Areal für seine Hotel-Betriebe eine Großküche samt 178 Mitarbeiterwohnungen errichten wollte. Das habe der Gestaltungsbeirat des Landes damals abgelehnt. Harisch verteilt derzeit fast 300 Beschäftigte auf mehrere bereits ausgediente Hotels in der Umgebung.

So ist ein Teil seines Personals auch im alten Hotel Jägerwirt untergebracht, das der Immobiliengruppe um Christian Harisch gehört. Es gibt bereits Pläne, das im Zentrum gelegene einstige Hotel zu einem Wohnhaus mit Appartements umzubauen. Die Harisch-Gruppe will jedenfalls eine der Hauptmieterinnen in der neuen geplanten Anlage „Kellerwiese" sein.

Bausperre und Vorbehaltsflächen als juristische Nagelprobe

Während Anne Weidner, Referatsleiterin für Raumordnung und Stadtplanung, „definitiv" mit juristischen Auseinandersetzungen mit Grundeigentümern gerechnet hatte, sah SPÖ-Stadtparteivorsitzender und Klubobmann Benjamin Plach die Stadt auf rechtlich sicheren Beinen stehen. „Das hält auch einer gerichtlichen Überprüfung stand", meinte er und verwies auf den Status der Stadt Innsbruck als „Vorbehaltsgemeinde", der ihr vom Land Tirol im November 2022 zugeschrieben worden war.

Außerdem stütze die Wohnbedarfsstudie des Landes das Vorgehen. Bei der nächsten Fortschreibung des ÖROKO werde die Stadt außerdem verpflichtet, Vorbehaltsflächen festzulegen. „Wer da von Enteignung spricht, hat die Dringlichkeit nicht verstanden", verwies Plach zudem auf über 2.000 Innsbruckerinnen und Innsbrucker, die auf eine Stadtwohnung warten.

In der vergangenen Legislaturperiode unter Bürgermeister Georg Willi (Grüne) war die Ausweisung der Vorbehaltsflächen noch gescheitert. Die ÖVP – der Anzengruber damals noch selbst angehört hatte – legte sich in der Stadtregierung quer.

Kritik und Zustimmung auf Oppositionsseite

Harsche Kritik kam indes aus den Reihen der FPÖ. Für die Tiroler Nationalratsabgeordnete und Wirtschaftssprecherin Barbara Kolm, selbst Innsbruckerin, würden die betroffenen Grundflächen „der freien Verfügung ihrer Eigentümer" entzogen, sie würden dadurch „praktisch unverkäuflich". Im nächsten Schritt könne die Stadt diese „günstig erwerben oder enteignen", meinte sie und fragte, warum die Stadtregierung „fremde Grundstücke nicht zu marktüblichen Preisen erwirbt". FPÖ-Stadtrat Markus Lassenberger bezeichnete die Stadtregierung als „lupenreine linke bis linksradikale Genossentruppe".

Zustimmung zu den Plänen der Stadtregierung signalisierten im Vorfeld dagegen kleinere Listen und Parteien im Innsbrucker Gemeinderat – damit zeichnete sich vor der entscheidenden Sitzung des Stadtparlaments am Donnerstag eine breite Mehrheit dafür ab – mehr dazu in **Kritik an Vorbehaltsflächen, GR-Mehrheit fix**. Sowohl die KPÖ als auch die Liste Fritz und die Alternative Liste Innsbruck (ALI) sprachen sich im Vorfeld für die Ausweisung von Vorbehaltsflächen aus, um damit in Sachen günstigeres Wohnen in Innsbruck weiterzukommen.

INNSBRUCK

Bausperre für 23 Grundflächen vor Beschluss

Die Innsbrucker Stadtregierung aus Bürgermeisterliste JA, Grünen und SPÖ will größere Flächen von unbebautem Bauland für den sozialen Wohnbau mobilisieren. Beim Gemeindera am Donnerstag soll über 23 Grundflächen eine Bausperre verhängt werden, die anschließend Vorbehaltsflächen für den geförderten Wohnbau werden sollen.

Online seit gestern, 15.23 Uhr

Bürgermeister Johannes Anzengruber (Liste JA – Jetzt Innsbruck) betonte am Mittwoch bei der Vorstellung der Pläne, dass es um eine „gemeinsame" und „kooperative" Entwicklung der rund zehn Hektar gehe, die seit mindestens 15 Jahren als Bauland – jeweils über 2.500 Quadratmeter groß – gewidmet, aber unbebaut sind.

„Das ist eine Möglichkeit, die uns das Tiroler Raumordnungsgesetz (TROG) seit 1994 einräumt", so Anzengruber. Die Stadt wolle damit das „ständige Überbieten und Preise-nach-oben-Treiben abfedern und unterbinden" sowie „leistbaren Wohnraum schaffen", verteidigte der Stadtchef die einschneidenden Maßnahmen.

Konkret wurden vom Stadtplanungsamt 23 Grundflächen anhand bestimmter Kriterien wie Mindestfläche und Bauplatzkonfiguration definiert, sprach Amtsvorstand Wolfgang Andexlinger von einer „komplexen rechtlichen Fragestellung". Die Verhängung der Bausperre soll nun „Fehlentwicklungen", wie etwa eilige Grundstücksteilungen, verhindern.

Bausperre als Vorbereitung für die Vorbehaltsflächen

Im Laufe des Jahres wird das örtliche Raumordnungskonzept (ÖROKO) geändert, in dem die 23 Flächen als Vorbehaltsflächen ausgewiesen werden. Maximal zwei Jahre nach Erstellung des ersten Entwurfs des ÖROKO gilt dann die Bausperre, in dieser Zeit soll eine Lösung mit den 26 betroffenen Eigentümern gefunden werden.

Denn: Einen Teil ihrer Grundstücke – maximal 50 Prozent – müssen sie nach den Plänen der Stadtregierung entweder an die Stadt oder einen gemeinnützigen Wohnbauträger zu Wohnbauförderkonditionen verkaufen. Geschieht das nicht, erfolgt nach zehn Jahren eine Rückwidmung in Freiland. Betroffen sind neben Privatpersonen auch kirchliche Einrichtungen, Investoren und Grundbesitzer aus dem Ausland.

Flächen für geförderten Wohnbau noch nicht genau definiert

„Wir haben die Instrumente und auch die Verantwortung, sie zu nutzen“, hielt die grüne Planungsstadträtin, Janine Bex, fest. Auch sie wehrte sich gegen den Vorwurf der Enteignung, es sei vielmehr eine „gemeinsame Aktivierung in einem fairen Prozess“. Nach Beschluss der Bausperre werden demnach alle Eigentümer kontaktiert und über das Vorhaben aufgeklärt.

Wie viel Prozent der rund zehn betroffenen Hektar schließlich für geförderten Wohnbau zur Verfügung stehen werden, wollte Bex noch nicht prognostizieren. Einerseits sei das Verhandlungssache, andererseits gebe es bei den Grundflächen auch Nutzungseinschränkungen – beispielsweise durch Straßen.

Der Bürgermeister von Wörgl, Michael Riedhart, erneuerte im Rahmen der von Daniela Schmiderer moderierten Diskussion seine Forderung, den Gemeinden für die Errichtung neuer Schwimmbäder mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Riedhart hatte Anfang des Jahres wegen dieses Dilemmas die Pläne für ein neues Hallenbad in Wörgl auf Eis gelegt. 30 zusätzliche Millionen hätte die Gemeinde vom Land gebraucht, jetzt will man ein Freibad bauen – mehr dazu in **Bauchfleck: Kein Hallenbad für Wörgl**.

In Axams fehlen noch zwei Millionen Euro

Sportreferent Wohlgemuth will mit den derzeit vorgesehenen Mitteln arbeiten und die Entwicklungen „genau beobachten". Derzeit sei mit Axams ein Neubauprojekt in der Pipeline, auch für zwei Sanierungen sei angeklopft worden.

Beim Neubauprojekt in Axams würden noch rund zwei Millionen Euro fehlen, erklärte Bürgermeister Thomas Suitner – mehr dazu in **Acht Millionen fehlen für neues Schwimmbad**. Er zeigte sich aber optimistisch, dieses Geld aufzutreiben: „Wir sind 200 Meter unter dem Gipfel."

Kritik an Finanzierungsschlüssel für Bädertopf

Zu Wort meldete sich in diesem Zusammenhang auch Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint. Er regte an, den Finanzierungsschlüssel für die Speisung des Bädertopfs zu überarbeiten. „Von den Steuerzahlern fließen da zehn Millionen Euro hinein, der Tourismus zahlt nur zweieinhalb Millionen pro Jahr", rechnete Sint vor. Diskutiert wurde sein Ansinnen jedoch nicht.

Mehr Wortmeldungen gab es hingegen zum Schwimmen als Spitzensport. Hier orteten gleich mehrere Verantwortliche dringenden Handlungsbedarf. Es sei an der Zeit, ins Tun zu kommen, lautete die zentrale Forderung an die Verantwortlichen.

red, tirol.ORF.at

EIN ORT AM WORT

Einigkeit bei Diskussion: Tirol braucht Bäder

Im Zuge der ORF-Diskussionsreihe „Ein Ort am Wort" wurde am Mittwochabend in Axams rund um die Frage „Sind Bäder Luxus?" diskutiert. Einig waren sich sämtliche Verantwortliche darin, dass es Schwimmbäder in Tirol brauche. Bei der Finanzierung von Neubau und Sanierung gingen die Meinungen auseinander.

Online seit gestern, 20.16 Uhr

Teile

Das Land Tirol will dem Schwimmbadsterben mit einem 75 Millionen Euro schweren Bädertopf ein Ende setzen. Gemeinsam mit Gemeinden und Tourismusverbänden will die Landesregierung Neubauten, Sanierungen und Kinderschwimmen forcieren. Trotz des großen Bedarfs gibt es mit Axams derzeit aber nur ein konkretes Neubauprojekt in Tirol.

Ein Ort am Wort, 26.3.2025

Seit 2011 wurden in Tirol 69 Bäder geschlossen – auch aufgrund dieser Tatsache herrschte am Mittwochabend im alten Freizeitzentrum in Axams Einigkeit darüber, dass es die bestehenden und auch neue Bäder in Tirol brauche. Die Gründe, die dafür angeführt wurden, waren mannigfaltig.

„Bedarf wurde klar aufgezeigt"

„Wir haben mit der Bäderstudie den Bedarf klar aufgezeigt bekommen und uns deshalb auch dazu bekannt, den Neubau zu favorisieren und Sanierungen voranzutreiben", erneuerte LH-Stv. und Sportreferent Philipp Wohlgemuth (SPÖ) sein Bekenntnis zur Infrastruktur für das Schwimmen.

Sabine Porta, Initiatorin einer Petition gegen die Hallenbad-Schließungen, forderte von der Landesregierung mehr Tempo ein. „Ich glaube das alles erst, wenn ich es sehe“, so Porta. Sie hat mit ihrer Petition bereits über 14.000 Unterschriften gesammelt.

Zahlen bestätigen hohe Nachfrage

Die Notwendigkeit einer adäquaten Infrastruktur untermauerte Sportwissenschaftler Martin Schnitzer mit Zahlen aus Befragungen der Universität Innsbruck. Sein Fazit: „Die Tiroler Bevölkerung schwimmt. Jede und jeder vierte sucht regelmäßig ein Schwimmbad auf.“ Das Schwimmen sei für die gesamte Bevölkerung ein Thema und damit eine „lebenslange Begleiterscheinung“, so Schnitzer.

Unterschiedliche Meinungen gab es hingegen bei der Ausgestaltung der Finanzierungshilfen durch das Land. Der Bäderbeirat hat die Förderung für Neubauten generell von 45 auf 55 Prozent angehoben – mehr dazu in **Förderungen für neue Bäder werden erhöht**. Während auch der Wunsch nach 70 Prozent deponiert wurde, sprach sich der Telfer Bürgermeister Christian Härting (ÖVP) für ein anderes Modell aus.

Härting: „Finanzkraft der Gemeinden beachten"

So solle man vor einer Entscheidung die Finanzkraft der betroffenen Gemeinden prüfen. Ansonsten sei nach drei größeren Projekten kein Geld mehr für Sanierungen in anderen Bädern mehr im Topf, betonte Härting. Das Land nahm er generell in die Pflicht, man habe die prekäre Finanzlage vielerorts verkannt.

Ein Anwalt brachte im Auftrag der Marktgemeinde St. Johann eine Revision beim Verwaltungsgerichtshof gegen die Abhaltung der Volksbefragung ein.
Foto: Archiv/Kogler hochgeladen von Klaus Kogler

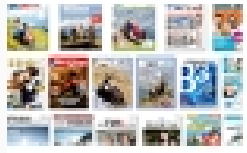
Wiener Anwalt brachte im Auftrag der Marktgemeinde St. Johann 38-seitige Revision beim Verwaltungsgerichtshof ein; Freunde des Niederkaisers "verwundert und ratlos".

ST. JOHANN. In der Angelegenheit Unterbürg in St. Johann reißen die Neuigkeiten nicht ab. Am Sonntag, 23. März, schritten 3.414 von knapp 8.000 Wahlberechtigten zur Wahlurne und stimmten über die mögliche Zukunft des Unterbürg-Areals ab. Das Ergebnis: 55,83 Prozent davon sprachen sich gegen die Umwidmung zu einem Gewerbegebiet aus. Die Wahlbeteiligung lag bei 43 Prozent (**MeinBezirk berichtete**).
Die Volksbefragung wurde von der Bürgerinitiative "Freunde des Niederkaisers" angestrebt und wurde vorerst von der Marktgemeinde per Bescheid abgelehnt. Nach einer Beschwerde beim Landesverwaltungsgericht Tirol durch die Bürgerinitiative kam es schlussendlich doch zu einer Befragung (wir berichteten mehrfach).

Toplinks

ÜBERRASCHEND NAH
Unsere „Qualität Tirol" Produzentinnen stehen für Qualität, Nachhaltigkeit und Regionalität. Mehr dazu...

TRAUMJOB GESUCHT?
In unserem regionalen Stellenmarkt findest du Jobangebote aus deiner Region! Gleich reinschauen!


ALLE MAGAZINE ONLINE
Alle Magazine der Bezirks-Blätter, wie die Jagd in Tirol, Region Tirol oder TRAUdich auch online lesen!

Liste Fritz: Vorgehensweise ist "politischer Knieschuss"

Die Liste Fritz sieht die Entscheidung der Marktgemeinde St. Johann als "moralisch wie auch politisch verwerflich" an und empfindet das Vorgehen als "Respektlosigkeit gegenüber jenen Bürgern, die sich gegen die Umwidmung entschieden haben", wie auch Bezirkssprecher Josef Niedermoser in einer Aussendung betont: "Die ÖVP handelt nach wie vor nach dem Credo 'Macht- und Klientelpolitik vor Bürgerwillen'."
Für Klubobmann Markus Sint ist die Vorgehensweise "rechtlich zulässig, aber politisch unnötig." Sint:

> "Der Bürgermeister und die ÖVP zeigen sich als schlechte Verlierer, indem sie den Volkswillen ignorieren, 'drüberfahren' und hinten nach nicht anerkennen. Diese Vorgangsweise ist übel und ein politischer Knieschuss."

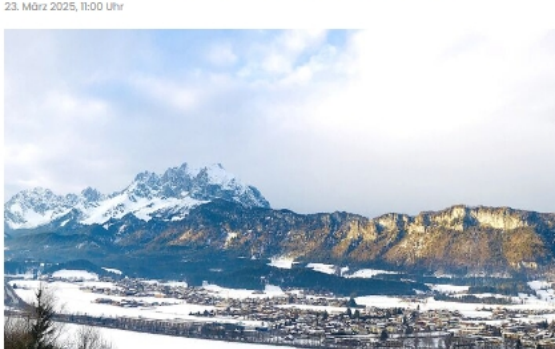
Sint wies in der Aussendung darauf hin, dass nun die Landesregierung gefordert sei: "Selbst wenn die Gemeinde St. Johann den Bürgerwillen ignorieren will, hat wenigstens die schwarz-rote Regierung diesen zu respektieren. Sie hat es auch in der Hand, indem sie die Unterschutzstellung der landwirtschaftlichen Fläche nicht aufhebt und so die grüne Wiese weiterhin schützt."

Die ÖVP handelt nach wie vor nach dem Credo 'Macht- und Klientelpolitik vor Bürgerwillen'", sagt Liste Fritz-Bezirkssprecher Josef Niedermoser.
Foto: Liste Fritz hochgeladen von Johanna Bamberger

St. Johann/Bezirk, Freizeitwohnsitzkontrollen

Gemeinden rebellieren wegen Kontrollaufwand

23. März 2025, 11:00 Uhr



Diskussion um Kontrolltätigkeit in St. Johann. Foto: Kogler hochgeladen von Klaus Kogler

FP-Antrag zum Ausstieg aus Verwaltungsgemeinschaft Freizeitwohnsitzkontrollen; Gemeinden wollen Druck "nach oben" machen.

ST. JOHANN. Zunehmend in die Kritik kommen die Freizeitwohnsitzkontrollen, die den Gemeinden seitens des Landes Tirol vorgegeben werden. Oftmals plädierte bereits die Liste Fritz für eine Verlagerung der Kontrollen an die Behörde bzw. an das Land und die Einsetzung einer eigenen Task-Force – wir berichteten. Zunehmend wird angesichts des unverhältnismäßigen Aufwands dieselbe Forderung aus den Kommunen laut, zuletzt etwa bei der Bürgermeister-Konferenz in Kitzbühel und im St. Johanner Gemeinderat.

Mit dem aktuellen Regime schaffe man keinen leistbaren Wohnraum, schade jedoch dem Standort. Man müsse den "Lebensmittelpunkt" (Hauptwohnsitz) neu definieren, die Abgaben auf Freizeitwohnsitze müssen erhöht werden, die Einnahmen daraus sollten dem sozialen Wohnbau zufließen, fordert etwa Bgm. Klaus Winkler (Kitzbühel). Auch viele weitere Ortschefs plädieren für eine Änderung der Regelung bei der Freizeitwohnsitzkontrolle, stehe doch das Resultat in keinem Verhältnis zum Aufwand. Und nicht zuletzt, weil Unfrieden in den Orten gesät werde und die Vernaderung per anonymen Anzeigen um sich greife. Selbst der St. Johanner Ortschef wurde bereits angezeigt.

Vorbehaltsflächen

"Enteignung" für Wohnraum? - Opposition gespalten

24. März 2025, 15:42 Uhr

Vorbehaltsflächen sollen mehr sozialen Wohnbau in Innsbruck ermöglichen. Die Opposition ist gespalten: Die einen sind erfreut über die Maßnahme, die anderen sehen Enteignung von privatem Eigentum.
Foto: Symbolbild/ Unsplash hochgeladen von Alicia Martin Gomez

Innsbruck ist ein teures Pflaster - keine Frage. Um leistbaren Wohnraum zu schaffen, hat die Innsbrucker Stadtregierung die Einführung von Vorbehaltsflächen für den sozialen Wohnbau beschlossen. Die Stimmen aus der Opposition reichen von äußerst positiv zu arg kritisch.

FPÖ-Antrag auf Austritt

In St. Johann war im Gemeinderat der Antrag von GR Sebastian Hager (FPÖ) zum Austritt aus der Verwaltungsgemeinschaft Freizeitwohnsitz-kontrollen (sieben Gemeinden, Sitz in St. Johann) intensiv debattiertes Thema. Hagers Formulierung:

> "Austritt aus der Bespitzelungskommission, Entkriminalisierung von Zweitwohnsitzlern, Kontrolle ja, aber keine Bespitzelung".

Vize-Bgm. Peter Wallner (SPÖ):

> "Ich teile die Bedenken, aber Kontrollen und harte Strafen bei Gesetzesverstößen sind nötig. Die Kontrollen kosten die Gemeinde zu viel Geld, ich sehe das Land Tirol gefordert."

GV Heribert Mariacher (parteifrei):

> "Illegales Handeln können wir nicht fördern oder tolerieren. Jedenfalls sind die Strafen viel zu gering; die Kontrollen müssten das Land oder die Bezirksbehörde übernehmen."

GR Manfred Kecht (Grüne):

> "Es wäre nur eine einzige Gesetzesänderung auf Bundesebene nötig, und wir hätten keine Probleme (Steuerrecht, Hauptwohnsitz als stuerlicher Wohnsitz, Anm.)."

Bgm. Stefan Seiwald (ÖVP):

> "Ich glaube wir stimmen überein: illegale Wohnsitze sind nicht zu goutieren, ganz im Gegenteil. Es geht v. a. darum, wie wir die Missstände behandeln. Ich und andere Bürgermeister sind der Meinung, dass es so wie aktuell alles andere als optimal läuft. Anonyme Anschwärzungen, Verdächtigungen gegenüber Einheimischer – so geht's nicht weiter!"

Schon der Landesrechnungshof hat im Fall St. Johann bestätigt, dass die Kontrollen zu viel Aufwand für die Gemeinde bedeuten.

> "Ich sehe daher das Land in der Verantwortung: Wer anschafft, soll zahlen und nicht alles auf die Gemeinden abschieben."

Man brauche einen anderen Kontrollmodus, wir als Bürgermeister im Bezirk haben das beim Landeshauptmann auch deponiert.

> "Wir müssen uns gemeinsam und parteiübergreifend gegen Land und Bund wehren."

Der Austritts-Antrag der FPÖ wurde dem Gemeindevorstand zugewiesen. Ein Austritt wird aktuell (noch) nicht ins Auge gefasst. Man werde nun mit einem gemeinsamen Schreiben der Gemeinden (Verwaltungsverband) Druck auf das Land machen und Vorschläge einbringen.

> "Wir müssen beim Land vehementer um Gehör kämpfen",

so Bgm. Seiwald.

Ebenfalls positiv bewertet die Liste Fritz den Vorstoß der Stadt, fordert aber transparentes Handeln. Heißt genau: mit den betroffenen Grundstücksbesitzern müsse das Gespräch gesucht werden, wenn dies nicht bereits geschehen sei.

> „Immerhin geht es da um einen Eingriff in privates Eigentum. Große private Baugrundstücke werden zur Hälfte für den sozialen Wohnbau blockiert und einer privaten Nutzung entzogen. Da ist es das doch das mindeste, die betroffenen Eigentümer zu informieren und aufzuklären, auch wenn diese Vorgangsweise durch die Tiroler Raumordnung seit 1994 gedeckt ist.",

so Landtagsabgeordnete Haselwanter-Schneider.

Liste Fritz Parteichefin und Gemeinderätin Andrea Haselwanter-Schneider begrüßt die Maßnahme zu Vobehaltsflächen.
Foto: Liste Fritz hochgeladen von Lucia Königer

HEUTE VOR 25 JAHREN

Schwere Niederlage für FPÖ und SPÖ

Dinkhausers Durchmarsch bei AK-Wahl

Durchmarsch. „Aussi aus die Staud'n" – Fritz Dinkhausers legendärer Spruch war vor 25 Jahren noch nicht derart bekannt. Einen Durchmarsch gab es bei der AK-Wahl für den Präsidenten aber trotzdem.

TONI

Rebellion wegen

FP-Antrag zum Ausstieg aus Verwaltungsgemeinschaft; Gemeinden wollen Druck „nach oben“ machen.

VON NIKOLAUS KOGLER

(Illegale) Freizeitwohnsitze: Diskussionen um Kontrolltätigkeit in St. Johann und im Bezirk. Foto: Kogler

ST. JOHANN. Zunehmend in die Kritik kommen die Freizeitwohnsitzkontrollen, die den Gemeinden seitens des Landes Tirol vorgegeben werden. Oftmals plädierte bereits die Liste Fritz für eine Verlagerung der Kontrollen an die Behörde bzw. an das Land und die Einsetzung einer eigenen Task-Force – wir berichteten. Zunehmend wird angesichts des unverhältnismäßigen Aufwands dieselbe Forderung aus den Kommunen laut, zuletzt etwa bei der Bürgermeister-Konferenz in Kitzbühel und im St. Johanner Gemeinderat.

Mit dem aktuellen Regime schaffe man keinen leistbaren Wohnraum, schade jedoch dem Standort. Man müsse den „Lebensmittelpunkt“ (Hauptwohnsitz) neu definieren, die Abgaben auf Freizeitwohnsitze müssen erhöht werden, die Einnahmen daraus sollten dem sozialen Wohnbau zufließen, fordert etwa Bgm. Klaus Winkler (Kitzbühel). Auch viele weitere Ortschefs plädieren für eine Änderung der Regelung bei der Freizeitwohnsitzkontrolle, stehe doch das Resultat in keinem Verhältnis zum Aufwand. Und nicht zuletzt, weil Unfrieden in den Orten gesät werde und die Vernaderung per anonymen

Kontrollaufwand

Anzeigen um sich greife. Selbst der St. Johanner Ortschef wurde bereits angezeigt.

FPÖ-Antrag auf Austritt

In St. Johann war im Gemeinderat der Antrag von GR Sebastian Hager (FPÖ) zum Austritt aus der Verwaltungsgemeinschaft Freizeitwohnsitzkontrollen (sieben Gemeinden, Sitz in St. Johann) ein intensiv debattiertes Thema. Hagers Formulierung: „Austritt aus der Bespitzelungskommission, Entkriminalisierung von Zweitwohnsitzlern, Kontrolle ja, aber mit anderen Methoden."

Vize-Bgm. Peter Wallner (SPÖ): „Ich teile die Bedenken, aber Kontrollen und harte Strafen bei Gesetzesverstößen sind nötig. Die Kontrolltätigkeit kostet die Gemeinde zu viel Geld, ich sehe das Land Tirol gefordert."

GV Heribert Mariacher (parteifrei): „Illegales Handeln können wir nicht fördern oder tolerieren. Jedenfalls sind die Strafen viel zu gering; die Kontrollen müssten das Land oder die Bezirksbehörde übernehmen."

GR Manfred Kecht (Grüne): „Es wäre nur eine einzige Gesetzesänderung auf Bundesebene nötig, und wir hätten keine Probleme (Steuerrecht, Hauptwohnsitz als steuerlicher Wohnsitz, Anm.)."

Bgm. Stefan Seiwald (ÖVP): „Ich glaube, wir stimmen überein: illegale Wohnsitze sind nicht zu goutieren, ganz im Gegenteil. Es geht v. a. darum, wie wir die Missstände behandeln. Ich und andere Bürgermeister sind der Meinung, dass es so wie aktuell alles andere als optimal läuft. Anonyme Anschwärzungen, Verdächtigungen gegenüber Einheimischen – so geht's nicht weiter!"

Schon der Landesrechnungshof hat im Fall St. Johann bestätigt, dass die Kontrollen zu viel Aufwand für die Gemeinde bedeuten. Seiwald: „Ich sehe daher das Land in der Verantwortung: Wer anschafft, soll zahlen und nicht alles auf die Gemeinden abschieben."

Man brauche einen anderen Kontrollmodus. „Wir als Bürgermeister im Bezirk haben das beim Landeshauptmann auch deponiert. Wir müssen uns gemeinsam und parteiübergreifend gegen Land und Bund wehren."

Der Austritts-Antrag der FPÖ wurde dem Gemeindevorstand zugewiesen. Ein Austritt wird aktuell (noch) nicht ins Auge gefasst. Man werde nun mit einem gemeinsamen Schreiben der Gemeinden (Verwaltungsverband) Druck auf das Land machen und Vorschläge einbringen. „Wir müssen beim Land vehementer um Gehör kämpfen", so Bgm. Seiwald.

Wartezimmer statt

Akuter Hausarztmangel in Wörgl: ÖGK will mit kurzfristigen Lösungen helfen, langfristig ist ein PVZ geplant.

CHRISTIANE NIMPF

WÖRGL. Fast 15.000 Einwohner und drei Hausärzte – so sieht die derzeitige Situation der ärztlichen Versorgung in Wörgl aus. Der unerwartete Tod eines Allgemeinmediziners der Stadt hat nicht nur eine große Lücke bei seinen Angehörigen hinterlassen, sondern auch bei vielen Patienten, die jetzt ohne Hausarzt dastehen. Zwar rückt im Sommer mit Dr. Marcus Schönberger ein neuer Allgemeinmediziner nach, trotzdem bleibt selbst dann eine von fünf Kassenstellen unbesetzt. Viele fragen sich, wie sie in Zukunft medizinisch behandelt werden sollen. Denn bekanntermaßen sind auch die übrigen Ordinationen an ihren Kapazitätsgrenzen – und das nicht nur in der Stadtgemeinde.

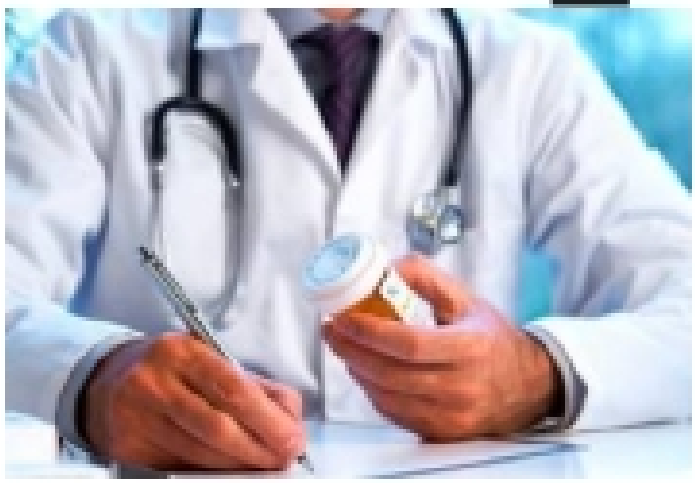
„Situation besorgniserregend"

„Die Situation in Wörgl ist mittlerweile mehr als besorgniserregend", bringt es Liste Fritz Landtagsabgeordnete Gabi Madersbacher, selbst Wörglerin, auf den Punkt. Besonders rosig sieht es diesbezüglich auch nicht aus, wenn man in die Zukunft blickt. Denn in den nächsten Jahren werden noch weitere Kassenärzte ihren wohlverdienten Ruhestand antreten. Madersbacher fordert daher eine schnellstmögliche Nachbesetzung der Kassenstelle. „Tirol hat zu wenig Kassenärzte. Das zeigt das Beispiel Wörgl eindrucksvoll. Und die Lage wird sich auch aufgrund anstehender Pensionierungen weiter verschärfen", weiß auch Liste Fritz Parteichefin und Gesundheitssprecherin Andrea Haselwanter-Schneider. Das

Liste Fritz Parteichefin Andrea Haselwanter-Schneider. Foto: Liste Fritz

Problem sei schon seit Jahren bekannt, und mittlerweile sei es selbst bei Wahlärzten problematisch, einen Termin zu bekommen, ergänzt die Parteichefin. Sie spricht sich dafür aus, das bisherige System grundlegend zu überdenken und zu hinterfragen und stellt dabei auch das derzeitige Honorarsystem in die Kritik. Nicht nur die ÖGK und die Ärztekammer seien jetzt mehr denn je gefordert, sondern auch Gesundheitslandesrätin Cornelia Hagele. „Die Liste Fritz fordert schon seit vielen Jahren, endlich vom Reden

Arztpraxis



Situation der mangelnden Hausärzte spitzt sich zu. Symbolfoto: Panthermedia

ins Tun zu kommen. Leider ist das bis zu den Verantwortlichen noch nicht durchgedrungen", so Haselwanter-Schneider.

Das können Betroffene jetzt tun

„Der Tod von Dr. Wimpissinger macht uns sehr betroffen. Als ÖGK versuchen wir in solchen Situationen rasch Maßnahmen zu setzen, um die Versorgung sicherzustellen", erklärt die Pressestelle der ÖGK dazu. Für Wörgl gibt es laut ÖGK jetzt eine kurzfristige Lösung: Ein neuer Hausarzt, der bereits den Zuschlag für eine Kassenstelle in der Stadt erhalten hat, kann seinen Ordinationsbetrieb früher aufnehmen als ursprünglich geplant. „Zudem hat sich ein Arzt aus der Region gemeldet und seine Bereitschaft zur vorübergehenden Versorgung der Patienten bekundet", so die ÖGK weiter. Auch hier wird den Versicherten von der ÖGK bei Anfragen geholfen, indem sie auf die neuen Optionen hingewiesen werden. Viele der Betroffenen stellen sich nun die Frage, an wen sie sich wenden können, wenn sie keinen Hausarzt mehr haben – die ÖGK empfiehlt, dass sich die Versicherten direkt an die übrigen Hausärzte in der Region wenden oder sich an die ÖGK selbst wenden. „Unsere Mitarbeiter können bei der Arztsuche meist unkompliziert weiterhelfen", erklärt die ÖGK. Auch wenn die verbleibenden Kassenärzte in Wörgl an ihren Kapazitätsgrenzen arbeiten, will die ÖGK dabei helfen, eine rasche Lösung zu finden.

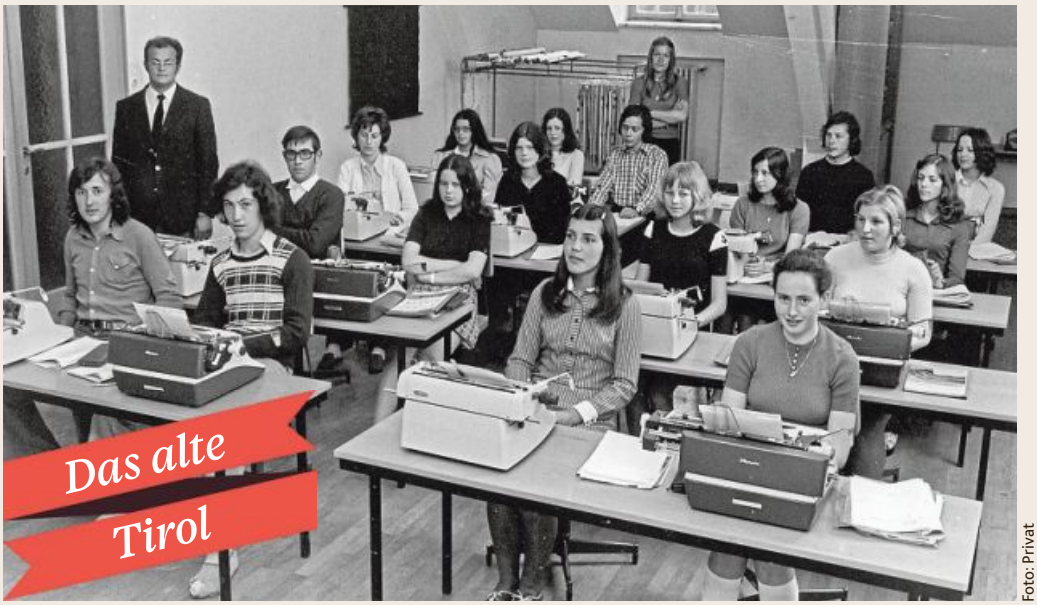


Foto: Privat

ZEHN-FINGER-SYSTEM
So mancher wird beim Blick auf dieses Bild noch den Klang der Schreibmaschinen im Ohr haben. In vielen Schulen gab es Fächer fürs Erlernen des Zehn-Finger-Systems, um schnell einen Brief abtippen zu können. Für die Kopie wurde ein Blaupapier eingelegt. Das Foto entstand 1972 in der kaufmännischen Berufsschule in Imst. Dort drückte Einsender Hans Rimml aus dem Pitztal die Schulbank. Danke für den Beitrag.

Innsbrucker Enteignungspläne schlagen Wellen bis ins Landhaus

Bausperre für 78 Privatgrundstücke: FPÖ regt Gesetzesnovelle an. Liste Fritz schlägt bei mausetoten Apps „Geld zurück!“ vor.

Als eine harte Bewährungsprobe bezeichnet der Tiroler FPÖ-Landesparteiobmann Markus Abwerzger die Pläne der Innsbrucker Stadtregierung bezüglich der Verhängung einer Bausperre als Mittel für die Schaffung von sozialem Wohnbau. „Nicht nur, dass dies ein massiver Eingriff in Privateigentum ist, stellt diese Maßnahme den Landesgesetzgeber auf eine harte Probe“, erörtert Abwerzger. Er verweist darauf, dass eine Bausperre als eine vorübergehende Maßnahme gedacht war, um Gemeinden zu ermächtigen, die Bauführung in einem bestimmten Gebiet für eine gewisse Zeit zu unterbinden, wenn die Gemeinde sich in einer Phase der Überarbeitung ihrer Raumordnung befindet. Das Land Tirol sei gefordert, „juristischen Missbrauch“ zu beseitigen, sagt der Tiroler FPÖ-Chef und kündigt einen entsprechenden Antrag an.

> *Die nun geplanten Maßnahmen der Caprese-Koalition gehen klar über die ursprüngliche Intention des Landesgesetzgebers hinaus.*
>
> FP-Obmann LA Markus Abwerzger

Foto: Christof Birbaumer

> *Es ist Anzengrubers Pflicht, den Schaden für die Steuerzahler zu begrenzen und das Geld vom App-Entwickler wieder zurückzuholen.*
>
> Andrea Haselwanter-Schneider, Liste Fritz

Foto: Christof Birbaumer

Der Kontrollbericht zu Anzengrubers Apps zeige deutlich, dass dieser „mit Transparenz und Sauberkeit so viel zu tun hat wie seine Koalitionspartner mit Wirtschaftsverstand, nämlich überhaupt nichts“, geht FPÖ-Stadtrat Lassenberger mit dem Stadtchef hart ins Gericht. Für Liste-Fritz-Parteichefin und Gemeinderätin Andrea Haselwanter-Schneider hat Anzengruber „gegen grundlegende politische Anstandsregeln verstoßen“. **phil**

Klimakrise Fragen & Antworten

HELGA KROMP-KOLB
Helga Kromp-Kolb ist Professorin an der Universität für Bodenkultur in Wien und Österreichs führende Expertin für Klimaschutz.

Klima und Politik

Für die Zustimmung der Grünen zur Kehrtwende bezüglich der Schuldenbremse im deutschen Parlament wurden von den insgesamt 500 Milliarden Euro 100 Milliarden den Ländern für die Energiewende zugesagt sowie 100 Milliarden für zusätzliche Klimaschutzprojekte gewidmet. Das verdoppelt die jährlichen Mittel des Transformationsfonds, ist aber für die notwendigen Klimamaßnahmen immer noch zu wenig.

Österreich geht den umgekehrten Weg: Klimaschutzausgaben fallen dem Sparstift zum Opfer. Auch bei uns fließt mehr in Aufrüstung als Klimaschutz.

Wenn Präsident Donald Trump Grönland den USA einverleiben möchte, hängt auch das mit dem Klimawandel zusammen: Die vielfältigen Bodenschätze Grönlands werden durch das Schmelzen des Eises zugänglicher. Seit Jahren versuchen sich Europa, Russland, China und die USA möglichst exklusiven Zugang zu sichern. Grönland sieht darin die Chance, unabhängig von dänischen Subventionen zu werden.

Auch die Schiffsrouten durch die Arktis gewinnen mit dem Schmelzen des Meereises an Bedeutung. Die Nordwest-Passage verbindet Pazifik und Atlantik, kann weite Umwege ersparen und könnte bald ganzjährig eisfrei sein. Von Grönland aus kann ein Staat diese Routen kontrollieren. Und das möchten die USA keinesfalls Russland oder China überlassen.

Sie haben Fragen zur Klimakrise? Dann schreiben Sie uns doch an klimakrise@kronenzeitung.at

Gekennzeichneter Download (ID=WsXuUSf05h1xI8_-ceHmHg)

Innsbrucker Enteignungspläne schlagen Wellen bis ins Landhaus

Bausperre für 78 Privatgrundstücke: FPÖ regt Gesetzesnovelle an. Liste Fritz schlägt bei mausetoten Apps „Geld zurück!" vor.

Als eine harte Bewährungsprobe bezeichnet der Tiroler FPÖ-Landesparteiobmann Markus Abwerzger die Pläne der Innsbrucker Stadtregierung bezüglich der Verhängung einer Bausperre als Mittel für die Schaffung von sozialem Wohnbau. „Nicht nur, dass dies ein massiver Eingriff in Privateigentum ist, stellt diese Maßnahme den Landesgesetzgeber auf eine harte Probe", erörtert Abwerzger. Er verweist darauf, dass eine Bausperre als eine vorübergehende Maßnahme gedacht war, um Gemeinden zu ermächtigen, die Bauführung in einem bestimmten Gebiet für eine gewisse Zeit zu unterbinden, wenn die Gemeinde sich in einer Phase der Überarbeitung ihrer Raumordnung befindet. Das Land Tirol sei gefordert, „juristischen Missbrauch" zu beseitigen, sagt der Tiroler FPÖ-Chef und kündigt einen entsprechenden Antrag an.

> *Die nun geplanten Maßnahmen der Caprese-Koalition gehen klar über die ursprüngliche Intention des Landesgesetzgebers hinaus.*
>
> FP-Obmann LA Markus Abwerzger

Foto: Christof Birbaumer

> *Es ist Anzengrubers Pflicht, den Schaden für die Steuerzahler zu begrenzen und das Geld vom App-Entwickler wieder zurückzuholen.*
>
> Andrea Haselwanter-Schneider, Liste Fritz

Foto: Christof Birbaumer

Der Kontrollbericht zu Anzengrubers Apps zeige deutlich, dass dieser „mit Transparenz und Sauberkeit so viel zu tun hat wie seine Koalitionspartner mit Wirtschaftsverstand, nämlich überhaupt nichts", geht FPÖ-Stadtrat Lassenberger mit dem Stadtchef hart ins Gericht. Für Liste-Fritz-Parteichefin und Gemeinderätin Andrea Haselwanter-Schneider hat Anzengruber „gegen grundlegende politische Anstandsregeln verstoßen". phil

ANTRAG IM TIROLER LANDTAG

Liste Fritz stellte Antrag für eine Nordumfahrung in Sillian

Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint erhöht den Druck: „Die Bevölkerung hat ein Recht auf Entlastung und die Öffentlichkeit hat ein Recht auf Information."

ANHÖREN IN KÜRZE

Markus Sint (Liste Fritz) hat im Landtag einen Antrag für den Bau einer Umfahrung eingebracht

„Wir hören seit vielen Jahren die Behauptung, ein Tunnel als nördliche Umfahrung in Sillian sei zu teuer", ärgert sich Markus Sint, Klubobmann der Liste Fritz im Tiroler Landtag. „In der Vergangenheit sollen unzählige Varianten geprüft worden sein. Doch niemand, außer einigen Politikern, kennt offenbar die Unterlagen dazu."

Die Zeit des Zögerns und Zuwartens sei für die Politik endgültig vorbei, meint Sint. „Das Pilotprojekt der Dosierampeln darf keine Beruhigungspille sein und ersetzt auf keinen Fall die Umfahrung. Die Zeit ist mehr als nur reif. Wir haben deshalb erstmals einen Antrag im Tiroler Landtag eingebracht, damit Landeshauptmann Anton Mattle und Verkehrslandesrat René Zumtobel ins Tun kommen." Weil die politisch Verantwortlichen bisher weder Varianten vorgestellt noch Kostenschätzungen veröffentlicht hätten, hänge die Bevölkerung seit Jahrzehnten in der Luft, kritisiert der Abgeordnete. „Dabei hat die Bevölkerung ein Recht auf Verkehrssicherheit im Gemeindegebiet und eine nachhaltige Verkehrsentlastung. Und die Öffentlichkeit hat ein Recht auf Information, um sich eine Meinung zu bilden."

ANZEIGE

Die Zeit des Zögerns und Zuwartens sei für die Politik endgültig vorbei, meint Sint. „Das Pilotprojekt der Dosierampeln darf keine Beruhigungspille sein und ersetzt auf keinen Fall die Umfahrung. Die Zeit ist mehr als nur reif. Wir haben deshalb erstmals einen Antrag im Tiroler Landtag eingebracht, damit Landeshauptmann Anton Mattle und Verkehrslandesrat René Zumtobel ins Tun kommen." Weil die politisch Verantwortlichen bisher weder Varianten vorgestellt noch Kostenschätzungen veröffentlicht hätten, hänge die Bevölkerung seit Jahrzehnten in der Luft, kritisiert der Abgeordnete. „Dabei hat die Bevölkerung ein Recht auf Verkehrssicherheit im Gemeindegebiet und eine nachhaltige Verkehrsentlastung. Und die Öffentlichkeit hat ein Recht auf Information, um sich eine Meinung zu bilden."

Die Liste Fritz ist für eine Umfahrung im Norden, das Land schaut in Richtung Süden

Der aus Osttirol stammende Abgeordnete spricht sich eindeutig für eine Umfahrung im Norden aus. „Bevor nicht konkretes Zahlenmaterial etwas völlig anderes belegt, gehe ich davon aus, dass die Kosten im Norden und im Süden ähnlich vertretbar sein würden." Sint mutmaßt, dass der Bau einer Umfahrungsstraße im Süden wegen der Grundwassersituation sehr aufwändig wäre. „Die meiste Strecke müsste man aufgrund der Gefahrenlage als Unterflurtrasse anlegen und dazu die Bahnstrecke sowie die Drau queren. Da kann man gleich einen Tunnel im Norden graben." Außerdem würde durch diese Lösung wesentlich weniger wertvoller Boden versiegelt.

Das Land gibt dazu nur sehr vage Auskunft und orientiert sich eher in Richtung Süden. Man sei bei allen Straßenbauprojekten bemüht, technisch und finanziell realisierbare Varianten auszuarbeiten, die bei den Betroffenen auf möglichst breite Zustimmung treffen, heißt es auf Anfrage. „Eine finale Variantenentscheidung wurde noch nicht getroffen. Es kann jedoch mitgeteilt werden, dass nach vorsichtiger Einschätzung des Landes am ehesten eine Südumfahrung infrage kommt."

Der Verkehrsstau reicht regelmäßig bis nach Innichen (Italien) zurück © KK/Privat

Der Antrag der Liste Fritz auf Ausarbeitung und Bau einer Umfahrung wird Ende April im Verkehrsausschuss behandelt. Frühestens im Mai kann dann der Tiroler Landtag zum Anliegen beraten. Markus Sint erwartet emotionale Diskussionen und verlangt Bekenntnisse der beiden Osttiroler Abgeordneten Elisabeth Blanik (SPÖ) und Martin Mayerl (ÖVP).

Brisante Themen

Auch abseits der geplanten Bausperren *(s. Artikel rechts)* sind am Donnerstag im Innsbrucker Gemeinderat bei diversen Tagesordnungspunkten hitzige Debatten vorprogrammiert:

Prüfbericht: Der Stadtrechnungshof hat die Vorgänge rund um die (eingestellte) Lern-App „Innsbruck gemeinsam“ geprüft, der Bericht wird nun dem Gemeinderat vorgelegt. Zur Erinnerung: Ein Ermittlungsverfahren der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft gegen den nunmehrigen Bürgermeister Johannes Anzengruber wegen des Verdachts der Vorteilszuwendung und Vorteilsannahme rund um die Verteilung von Tausenden „ErlebnisCards Tirol“ – weitergegeben von jener Firma, die auch die Lern-App entwickelte – wurde im Juli 2024 eingestellt. Es gehe aber noch um eine „ganzheitliche Offenlegung“ und (politische) Aufarbeitung, erklärt Kontrollausschuss-Obmann Mesut Onay (ALi).

Parken und Verkehr: Die Gebühren in den Innsbrucker Kurzparkzonen sollen von derzeit einem Euro pro halber Stunde auf 1,10 Euro angehoben werden – eine Mehrheit dafür ist am Donnerstag ebenso sicher wie eine kontroverse inhaltliche Diskussion. Dasselbe gilt für die massive Kostensteigerung bei der bevorstehenden Großbaustelle am Südring.

Die Parkgebühren in Innsbruck werden erhöht. Foto: md

Mehrheit für Bausperre ist fix

80 Grundstücke sind betroffen: Als ersten Schritt zur Ausweisung von Vorbehaltsflächen für geförderten Wohnbau erlässt Innsbrucks Gemeinderat diese Woche eine Bausperre.

Von Michael Domanig

Innsbruck – Heftige Kontroversen sind am Donnerstag im Innsbrucker Gemeinderat fix. Denn nun soll es ernst werden mit der – in der Vorperiode gescheiterten – Ausweisung von Vorbehaltsflächen für den geförderten Wohnbau.

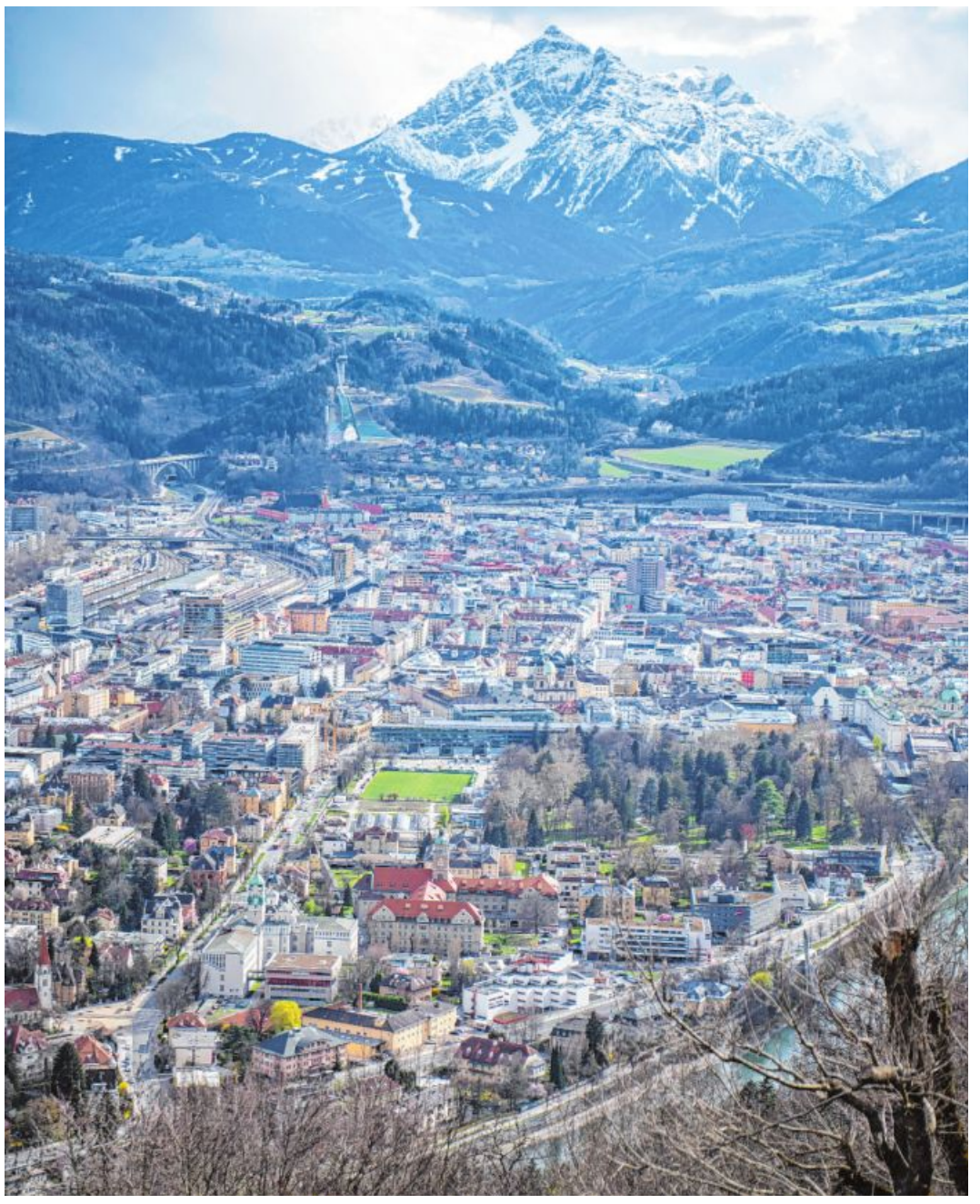
➤ **Ziel:** Die Dreierkoalition aus JA – Jetzt Innsbruck, Grünen und SPÖ sieht in den Vorbehaltsflächen einen wichtigen Hebel, um leistbaren Wohnraum zu schaffen. „Andere reden, wir tun’s“, sagt Bürgermeister Johannes Anzengruber (JA) – „wobei viele Tiroler Gemeinden dieses vom Land vorgegebene Instrument schon länger einsetzen.“

> *„Wir wollen das Ganze transparent und kooperativ gemeinsam mit den Eigentümern angehen.“*
>
> Johannes Anzengruber (Innsbrucker Bürgermeister)

➤ **Flächen:** Konkret geht es um bereits als Bauland gewidmete, aber unbebaute Grundstücke in Privatbesitz, die in Summe über 2500 m² groß sind. Diese können, so der Plan, durch die Ausweisung der Vorbehaltsflächen künftig zu 50 % für sozialen Wohnbau herangezogen werden.

„Wir wollen das fair, transparent und kooperativ mit den Eigentümern angehen“, betont Anzengruber – darunter seien kirchliche Einrichtungen, Investoren, auch Grundbesitzer aus dem Ausland.

Die Vorbehaltsflächen sollen in der Fortschreibung des Örtlichen Raumordnungskonzeptes (ÖROKO) ausgewiesen und dann jeweils in einem Widmungsplan festgelegt werden. Ist diese Widmung in Kraft, müssen die Eigentümer die Vorbehaltsfläche binnen zehn Jahren zu den Konditionen der Wohnbauförderung an die Stadt oder einen gemeinnützigen Wohnbauträger verkaufen. Andernfalls erfolgt automatisch eine Rückwidmung in Freiland.



Leistbarer Wohnraum ist in Innsbruck Mangelware – die Stadtführung will nun raumordnerisch handeln. Foto: Falk/TT

➤ **Bausperre:** Als ersten Schritt wird der Gemeinderat nun eine Bausperre für die betreffenden Grundstücke beschließen. Damit soll verhindert werden, dass die Flächen vorzeitig geteilt oder bebaut werden. Nach Inkrafttreten der Sperre hat die Stadt ein Jahr Zeit, einen entsprechenden Änderungsentwurf für das ÖROKO aufzulegen.

Details gibt die Stadtregierung noch bekannt. Fix ist aber: Die Bausperre betrifft insgesamt 80 Grundstücke von 24 Eigentümern, von Amras bis Hötting, von Mühlau und Arzl bis Igls und Vill. Dazu zählt auch jenes 8000-m²-Areal in Amras, auf dem Pema und UBM ca. 140 frei finanzierte Eigentumswohnungen planen. Hier hat der Gemeinderat schon im Oktober für eine Bausperre gestimmt.

➤ **Gesetzesgrundlage:** Die Möglichkeit der Ausweisung von Vorbehaltsflächen ist im Tiroler Raumordnungsgesetz bereits seit 1994 vorgesehen, „sofern der Grundbedarf an Wohnraum (...) zu leistbaren Bedingungen (...) anderweitig nicht gedeckt werden kann“.

Innsbruck ist übrigens auch vom Land Tirol angehalten, Vorrangflächen für geförderten Wohnbau auszuweisen – als eine von mittlerweile 166 „Vorbehaltsgemeinden“.

➤ **Mehrheit:** Neben der Dreierkoalition dürften auch KPÖ, Liste Fritz und ALi beim Beschluss für die Bausperre mitziehen – und dann auch bei den Vorbehaltsflächen selbst. Dass die Stadt das Instrument anwendet, sei „längst überfällig“, meint ALi. Die KPÖ fordert zugleich einen Plan der Regierung, „wie viele neue Stadtwohnungen in den nächsten Jahren gebaut werden“.

Offene Fragen und Kritik

Von der Liste Fritz kommt ebenfalls ein prinzipielles Ja. Von „Enteignung“ könne man nicht sprechen, betont Parteichefin Andrea Haselwanter-Schneider: „Es bleibt ja Bauland – und einen Teil zu einem etwas günstigeren Preis zu verkaufen, ist zumutbar.“ Allerdings wolle man von der Stadtregierung die Kriterien wissen, nach denen gerade diese 80 Grundstücke ausgewählt wurden. „Es handelt sich hier ja nur um einen Bruchteil des gewidmeten, unbebauten Baulandes in Innsbruck.“

➤ **Kritik:** Bausperre und Vorbehaltsflächen bleiben heftig umstritten. FPÖ-Stadtrat Markus Lassenberger spricht von einem „Frontalangriff auf das Privateigentum“. Er appelliert explizit an die Mandatare der Bürgermeisterliste, „bei dieser marxistischen Enteignungsorgie nicht mitzugehen“.

Die Stadt greife tief in Eigentumsrechte ein, „ohne nachvollziehbare Kriterien offenzulegen“, kritisiert auch NEOS-Landtagsabgeordnete Susanna Riedlsperger.

Der lange Weg zum Feuerwehrauto

Die Anschaffung von Feuerwehrautos sorgte zuletzt für Diskussionen in Gemeinden. Der Prozess ist oft langwierig und komplex.

Von Viktoria Imp

Innsbruck – Kinderaugen funkeln, wenn ein Feuerwehrauto vorbeifährt. Diese Begeisterung hält bis ins Erwachsenenalter an. Viele Feuerwehren träumen von einem neuen, glänzenden Gefährt. Der Anschaffungsprozess ist vor allem eins: lang. Und nicht immer können dabei alle Wünsche erfüllt werden – das zeigte zuletzt die Diskussion um das neue Ischgler Feuerwehrauto.

„Zuerst redet der Kommandant mit dem Bürgermeister“, erklärt Landesfeuerwehrinspektor Rene Staudacher. Wenn das geklärt ist, landet der offizielle Antrag beim Bezirksausschuss der Feuerwehr. Erst dann geht es weiter auf Landesebene. Laut Staudacher müssen viele Fragen geklärt werden, um zu entscheiden, welches Auto in Frage kommt: Welche Einsatzaufgaben hat die Feuerwehr? Wie groß ist ihr Gebiet? Braucht es Sondergeräte? Er versteht, dass es zu Frustration kommen könnte: „Ich war ja selbst Ortskommandant.“ Wer im Endeffekt was bekommt, sei aber genau gesetzlich geregelt.

In einer Gemeinde mit 501 bis 1000 Einwohnern wären etwa ein Tanklöschfahrzeug und ein Kleinlöschfahrzeug vorgesehen. In der Praxis käme es aber auf den Einzelfall an, zum Beispiel, ob zusätzlich ein Gewerbegebiet vorhanden sei. Am Ende zerplatzt so mancher Traum immer am gleichen Punkt: den Kosten. Ein glänzendes, neues Tanklöschfahrzeug kostet je nach Ausstattung schnell über eine halbe Million Euro. Dafür kann es bestenfalls auch fast 30 Jahre im Einsatz sein.

„Das Gesetz sagt klar, dass die Gemeinde zahlen muss“, sagt der Landesfeuerwehrinspektor. Kann der Ort die Mittel erst in einigen Jahren aufbringen, dauert der Prozess dementsprechend länger. Wie viel das Land übernimmt, sei immer fallabhängig. Letztes Jahr förderte das Land Tirol seine 356 Feuerwehren jedenfalls mit 23,82 Millionen Euro.

Die Feuerwehr Eben am Achensee zeigt drei Feuerwehrautos aus verschiedenen Generationen. Nicht nur optisch, sondern auch technisch hat sich über die Jahre viel getan. Jedes Auto erzählt seine eigene Geschichte. Foto: LFV/Bichler

Gekennzeichneter Download (ID=3gNzPUqX3MRYq4cHo9R5-UA_TCsyFmJDZHEu7MebBXg)

Brisante Themen

Auch absolts der geplanten Bausperren *(s. Artikel rechts)* sind am Donnerstag im Innsbrucker Gemeinderat bei diversen Tagesordnungspunkten hitzige Debatten vorprogrammiert:

Prüfbericht: Der Stadtrechnungshof hat die Vorgänge rund um die (eingestellte) Lern-App „Innsbruck gemeinsam" geprüft, der Bericht wird nun dem Gemeinderat vorgelegt. Zur Erinnerung: Ein Ermittlungsverfahren der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft gegen den nunmehrigen Bürgermeister Johannes Anzengruber wegen des Verdachts der Vorteilszuwendung und Vorteilsannahme rund um die Vergabe von Tausenden „ErlebnisCards Tirol" – weitergegeben von jener Firma, die auch die Lern-App entwickelte – wurde im Juli 2024 eingestellt. Es gehe aber noch um eine „ganzheitliche Öffenlegung" und (politische) Aufarbeitung, erklärt Kontrollausschuss-Obmann Mesut Onay (ALi).

Parken und Verkehr: Die Gebühren in den Innsbrucker Kurzparkzonen sollen von derzeit einem Euro pro halber Stunde auf 1,10 Euro angehoben werden – eine Mehrheit dafür ist am Donnerstag ebenso sicher wie eine kontroverse inhaltliche Diskussion. Dasselbe gilt für die massive Kostensteigerung bei der bevorstehenden Großbaustelle am Südring.

Die Parkgebühren in Innsbruck werden erhöht. Foto: zVg

Mehrheit für Bausperre ist fix

80 Grundstücke sind betroffen: Als ersten Schritt zur Ausweisung von Vorbehaltsflächen für geförderten Wohnbau erlässt Innsbrucks Gemeinderat diese Woche eine Bausperre.

Von Michael Domanig

Innsbruck – Heftige Kontroversen sind am Donnerstag im Innsbrucker Gemeinderat fix. Denn nun soll es ernst werden mit der – in der Vorperiode gescheiterten – Ausweisung von Vorbehaltsflächen für den geförderten Wohnbau.

➤ **Ziel:** Die Dreierkoalition aus JA – Jetzt Innsbruck, Grünen und SPÖ sieht in den Vorbehaltsflächen einen wichtigen Hebel, um leistbaren Wohnraum zu schaffen. „Andere reden, wir tun's", sagt Bürgermeister Johannes Anzengruber (JA) – „wobei viele Tiroler Gemeinden dieses vom Land vorgegebene Instrument schon länger einsetzen."

> *„Wir wollen das Ganze transparent und kooperativ gemeinsam mit den Eigentümern angehen."*
>
> Johannes Anzengruber (Innsbrucker Bürgermeister)

➤ **Flächen:** Konkret geht es um bereits als Bauland gewidmete, aber unbebaute Grundstücke in Privatbesitz, die in Summe über 2500 m² groß sind. Diese können, so der Plan, durch die Ausweisung der Vorbehaltsflächen künftig zu 50% für sozialen Wohnbau herangezogen werden.

„Wir wollen das fair, transparent und kooperativ mit den Eigentümern angehen", betont Anzengruber – darunter seien kirchliche Einrichtungen, Investoren, auch Grundbesitzer aus dem Ausland.

Die Vorbehaltsflächen sollen in der Fortschreibung des Örtlichen Raumordnungskonzeptes (ÖROKO) ausgewiesen und dann jeweils in einem Widmungsplan festgelegt werden. Ist diese Widmung in Kraft, müssen die Eigentümer die Vorbehaltsfläche binnen zehn Jahren zu den Konditionen der Wohnbauförderung an die Stadt oder einen gemeinnützigen Wohnbauträger verkaufen. Andernfalls erfolgt automatisch eine Rückwidmung in Freiland.

Leistbarer Wohnraum ist in Innsbruck Mangelware – die Stadtführung will nun raumordnerisch handeln. Foto: Parb/TT

➤ **Bausperre:** Als ersten Schritt wird der Gemeinderat nun eine Bausperre für die betreffenden Grundstücke beschließen. Damit soll verhindert werden, dass die Flächen vorzeitig geteilt oder bebaut werden. Nach Inkrafttreten der Sperre hat die Stadt ein Jahr Zeit, einen entsprechenden Änderungsentwurf für das ÖROKO aufzulegen.

Details gibt die Stadtregierung noch bekannt. Fix ist aber: Die Bausperre betrifft insgesamt 80 Grundstücke von 24 Eigentümern, von Amras bis Hötting, von Mühlau und Arzl bis Igls und Vill. Dazu zählt auch jenes 8000-m²-Areal in Amras, auf dem Pema und UBM ca. 140 frei finanzierte Eigentumswohnungen planen. Hier hat der Gemeinderat schon im Oktober für eine Bausperre gestimmt.

➤ **Gesetzesgrundlage:** Die Möglichkeit der Ausweisung von Vorbehaltsflächen ist im Tiroler Raumordnungsgesetz bereits seit 1994 vorgesehen, „sofern der Grundbedarf an Wohnraum (...) zu leistbaren Bedingungen (...) anderweitig nicht gedeckt werden kann".

Innsbruck ist übrigens auch vom Land Tirol angehalten, Vorrangflächen für geförderten Wohnbau auszuweisen – als eine von mittlerweile 166 „Vorbehaltsgemeinden".

➤ **Mehrheit:** Neben der Dreierkoalition dürften auch KPÖ, Liste Fritz und ALi beim Beschluss für die Bausperre mitziehen – und dann auch bei den Vorbehaltsflächen selbst. Dass die Stadt das Instrument anwendet, sei „längst überfällig", meint ALi. Die KPÖ fordert zugleich einen Plan der Regierung, „wie viele neue Stadtwohnungen in den nächsten Jahren gebaut werden".

Offene Fragen und Kritik

Von der Liste Fritz kommt ebenfalls ein prinzipielles Ja. Von „Enteignung" könne man nicht sprechen, betont Parteichefin Andrea Haselwanter-Schneider: „Es bleibt ja Bauland – und einen Teil zu einem etwas günstigeren Preis zu verkaufen, ist zumutbar." Allerdings wolle man von der Stadtregierung die Kriterien wissen, nach denen gerade diese 80 Grundstücke ausgewählt wurden. „Es handelt sich hier ja nur um einen Bruchteil des gewidmeten, unbebauten Baulandes in Innsbruck."

➤ **Kritik:** Bausperre und Vorbehaltsflächen bleiben heftig umstritten. FPÖ-Stadtrat Markus Lassenberger spricht von einem „Frontalangriff auf das Privateigentum". Er appelliert explizit an die Mandatare der Bürgermeisterliste, „bei dieser marxistischen Enteignungsorgie nicht mitzugehen".

Die Stadt greife tief in Eigentumsrechte ein, „ohne nachvollziehbare Kriterien offenzulegen", kritisiert auch NEOS-Landtagsabgeordnete Susanna Riedlsperger.

Tiroler Tageszeitung
www.tt.com
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR TIROL

Sixty in the City

Sarah Jessica Parker alias „Carrie“ feiert ihren 60. Geburtstag. **Seite 36**

Der neue ÖOC-Präsident

Ex-Ruderer Horst Nussbaumer folgt Karl Stoss als Verbandsboss. **Seiten 2, 30**

Dienstag, 25. März 2025 80. Jahrgang | Nummer 83 Preis € 2,50

Gebühren: Banken droht Klagswelle

Höchstgericht rüttelt an der Kreditbearbeitungsgebühr. Verbraucherschützer will jetzt alle Banken auf Rückzahlung klagen.

Wien – Auf Banken könnten unangenehme Zeiten zurollen, Kreditnehmer können dagegen auf Rückzahlungen und günstigere Kreditkosten hoffen. Der Oberste Gerichtshof (OGH) hat bei der Bawag nach einer Klage der AK eine Klausel für unzulässig erklärt, nach der die Bank bei Krediten ein Bearbeitungsentgelt von 1,5 Prozent vom Kreditbetrag berechnet.

Der Verbraucherschutzverein (VSV) sieht darin ein richtungsweisendes Urteil, mit Folgen für alle Banken. Eine Kreditgebühr von 1,5 Prozent bei Verbraucherkrediten sei „gröblich benachteiligend und damit unwirksam“, so VSV-Obfrau Daniela Holzinger-Vogtenhuber: „Alle von Verbrauchern an die Bank bezahlten Kreditbearbeitungsgebühren sind zu Unrecht kassiert worden und müssen zurückgezahlt werden.“ Dies gelte auch bei Immobilienkrediten an Private.

Der OGH habe sich auf EuGH-Urteile bezogen, wonach Kreditgebühren sachlich gerechtfertigt sein müssen, so Richard Eibl vom Prozessfinanzierer Padronus. Gemeinsam mit dem VSV bereite man Sammelklagen gegen Banken vor, um Rückzahlungen einzufordern. Die Verjährungsfrist beträgt laut VSV 30 Jahre. Jahrzehntelang hätten Banken Kreditbearbeitungsgebühren über mehrere tausend Euro verrechnet, so Eibl. Mit dem Urteil sei keine automatische Rückzahlung verbunden, Kunden müssten diese daher einklagen.

Laut Wirtschaftskammer hat der OGH nicht die Kreditbearbeitungsgebühren generell beanstandet, sondern die Art der Bemessung, insbesondere die prozentuale Verrechnung. Es gebe vom OGH keine Aussage zu den Folgen im Einzelfall. *(mas, bea)*

Mehr auf *Seite 17*

Eine sechsköpfige Gruppe – darunter ein Bergführer – waren am Vormittag Richtung Schalfkogel unterwegs, als sich die Lawine löste. Es folgte ein Großaufgebot alpiner RetterInnen. Fotos: Bergrettung Gurgl, imago/E-PRESS PHOTO.COM, APA/Georg Hochmuth

Lawinendrama am Gletscher

Sölden – Drei Skitourengeher wurden gestern in den Ötztaler Alpen von einer Lawine erfasst. Dabei erlitten zwei von ihnen tödliche Verletzungen. Die Schneemassen rissen die beiden 30 Meter tief in eine Gletscherspalte mit, dort wurden sie auch noch von Schnee verschüttet. Sie konnten nur noch tot geborgen werden. Der dritte Tourengeher wurde teilverschüttet und leicht verletzt.

Die Rettungsaktion gestaltete sich schwierig. Das Unglück erinnert an jenes im Vorjahr in Vent, bei dem drei Menschen ums Leben kamen. Die Staatsanwaltschaft ermittelte und befand, den Bergführern konnte kein Vorwurf gemacht werden. *(TT)*

Mehr auf *Seite 5*

In Euregio kracht es gewaltig

Südtirol will aus gemeinsamem musikalischen Nachwuchswettbewerb „prima la musica“ aussteigen.

Innsbruck – Die Europaregion Tirol, Südtirol und Trentino steht auf dem Prüfstand: Zu Differenzen in der Verkehrspolitik kommen jetzt weitere Misstöne hinzu. Seit 2006 besteht ein Kooperationsvertrag zwischen dem Land Tirol und Südtirol zur Organisation des jährlich stattfindenden österreichischen Jugendmusikwettbewerbes „prima la musica“, jetzt will Südtirol aussteigen. Das sorgt für Verstimmungen, das Land Tirol hofft auf einen Meinungsschwenk und im Sinne der Euregio auf einen Sinneswandel.

Indes ist der kommende Dreier-Landtag in Meran um eine Posse reicher. Das Trentino will das Lkw-Nachtfahrverbot in Tirol aushebeln, das sorgt für Ärger. Denn die Liste Fritz hätte ebenso einen Antrag zum Nachtfahrverbot einbringen wollen – nämlich dessen Außer-Streit-Stellung in der Euregio. Doch VP/SP lehnten das ab. Um nicht Südtirol oder das Trentino zu brüskieren. Das sorgt nun für Kopfschütteln. *(pn, mami)*

Mehr auf *Seite 4*

Aus für Flüge nach Frankfurt

Innsbruck – Die Lufthansa hat im heurigen Sommerflugplan, der schon nächste Woche startet, die Flugverbindung zwischen Innsbruck und Frankfurt vorerst gestrichen. Die Embraer-Maschinen werden im Konzern für andere Strecken benötigt, bestätigt Flughafen-Boss Marco Pernetta. Die Verhandlungen über eine Wiederaufnahme laufen. Auch die AUA kappt über den Sommer einen der derzeit drei täglichen Wien-Flüge ab Tirol. *(bea)*

Mehr auf *Seite 18*

Bausperre trifft 80 Grundstücke

Große, bereits als Bauland gewidmete Grundstücke in Privateigentum sollen in Innsbruck künftig zur Hälfte für leistbaren Wohnbau herangezogen werden. Als Erstes beschließt der Gemeinderat nun eine Bausperre für 80 Grundstücke – ein durchaus kontroverser Schritt. Mehr auf *Seite 19* Foto: Falk

Mit Fake News gegen Ukraine

Wien – Das Innenministerium veröffentlichte neue Vorwürfe gegen eine Bulgarin, die als mutmaßliche Spionin für Russland tätig gewesen sein soll. Die Frau habe eine „umfangreiche Desinformationskampagne“ durchgeführt, um die öffentliche Meinung pro Russland und gegen die Ukraine zu beeinflussen. Die Bulgarin soll auch Staatsschutz-Chef Omar Haijawi-Pirchner und *profil*-Chefredakteurin Anna Thalhammer bespitzelt haben. *(TT)*

Mehr auf den *Seiten 2, 11*

Aufgeblättert

Adíos, America

Von Joachim Leitner

Eigentlich mag man nicht mehr hinhören. Und hinschauen mag man auch nicht. Aber wegschauen hat noch nie geholfen. Jedenfalls nicht nachhaltig. Also: Der demokratisch gewählte Diktatorenverehrer in Übersee will umsetzen, was besondere Patrioten immer mal wieder andenken: In den Vereinigten Staaten soll es fortan und fürderhin nur eine offizielle Amtssprache geben: Englisch. Also Amerikanisch. Dadurch, wurde mitgeteilt, entstünde eine „geschlossene und effizientere Gesellschaft“. Seit dem neuerlichen Amtsantritt des Oberamerikaners haben seine Untergebenen Erfahrung im Umbenennen. Das ist gut. Weil jetzt wird’s aufwändig. Manches ist recht einfach: Los Angeles wird im offiziellen Amtsenglisch, pardon, also sorry, Amtsamerikanisch „The Angels“. Aus Las Vegas wird, das ist schon etwas kniffliger, vielleicht „Field“ oder „Meadows“, also Wiese. Und „Mar-a-Lago“? Vielleicht ist Wegschauen doch recht hilfreich.

Laura und Felix wünschen ihrer Uroma Maria alles Gute zum 86. Geburtstag!

WETTER

Wechselhaft. Am Vormittag zeigt sich noch einmal die Sonne. Im Tagesverlauf bilden sich jedoch dichte Quellwolken mit einigen Regenschauern. **Seite 28**

5°
14°

KULTUR/MEDIEN

ORF-Gebühr. Bis 2029 sollen die monatlichen Kosten für den ORF je Haushalt nicht steigen. Das gilt für den eigentlichen ORF-Beitrag von 15,30 Euro und jene 3,10 Euro, die das Land Tirol als Abgabe zusätzlich einhebt. **Seite 13**

Der ORF bekommt diese Woche eine neues Gesetz. Foto: APA/Manhart

SO FINDEN SIE

Notdienste, Wohin heute ..... Seite 35
Todesanzeigen ..... Seite 26

Österreichische Post AG, TZ 02Z031607 T Schlüsselverlag J.S.Moser, Brunecker Straße 3, 6020 Innsbruck; Retouren an PF 100, 1350 Wien

Tiroler Tageszeitung
TT-Club
Ihre TT-Club-Vorteile finden Sie wöchentlich in der TT am Sonntag oder online unter
club.tt.com
tt club

Gekennzeichneter Download (ID=3gNzPUqX3MRYq4cHo9R5-UA_TCsyFmJDZHEu7MebBXg)

In Euregio kracht es gewaltig

Südtirol will aus gemeinsamem musikalischen Nachwuchswettbewerb „prima la musica“ aussteigen.

Innsbruck – Die Europaregion Tirol, Südtirol und Trentino steht auf dem Prüfstand: Zu Differenzen in der Verkehrspolitik kommen jetzt weitere Misstöne hinzu. Seit 2006 besteht ein Kooperationsvertrag zwischen dem Land Tirol und Südtirol zur Organisation des jährlich stattfindenden österreichischen Jugendmusikwettbewerbes „prima la musica“, jetzt will Südtirol aussteigen. Das sorgt für Verstimmungen, das Land Tirol hofft auf einen Meinungsschwenk und im Sinne der Euregio auf einen Sinneswandel.

Indes ist der kommende Dreier-Landtag in Meran um eine Posse reicher. Das Trentino will das Lkw-Nachtfahrverbot in Tirol aushebeln, das sorgt für Ärger. Denn die Liste Fritz hätte ebenso einen Antrag zum Nachtfahrverbot einbringen wollen – nämlich dessen Außer-Streit-Stellung in der Euregio. Doch VP/SP lehnten das ab. Um nicht Südtirol oder das Trentino zu brüskieren. Das sorgt nun für Kopfschütteln. *(pn, mami)*

Mehr auf Seite 4

Dreier-Landtag: Neuer Wirbel um Transit-Antrag

Während das Trentino das Aus für das Lkw-Nachtfahrverbot fordert, wollte die Liste Fritz per Antrag selbiges in der Euregio außer Streit stellen. Doch VP/SP blockte ab.

Von Manfred Mitterwachauer

Innsbruck – Als wäre der Transit-Antrag aus dem Trentino nicht bereits genug politischer Sprengstoff für den im Juni anberaumten „Dreier-Landtag", sorgt nun auch eine Tiroler Initiative für Irritationen. Oder besser gesagt: deren Verhinderung.

Wie berichtet, soll die gemeinsame Sitzung der Euregio-Landtage (Tirol, Südtirol, Trentino) das Aussetzen des Lkw-Nachtfahrverbots in Tirol beschließen. So fordert es zumindest ein vom Trentino

Foto: Falk

„Dieser vorauseilende Gehorsam ist feig und zeugt nicht von Selbstbewusstsein."

Andrea Haselwanter-Schneider (Liste-Fritz-Parteiobfrau)

eingebrachter Antrag. Einer, der vergangene Woche in Tirol für kollektive Empörung sorgte. Schließlich wird das Nachtfahrverbot von Landeshauptmann Anton Mattle (VP) und Verkehrslandesrat René Zumtobel (SP) mit Zähnen und Klauen verteidigt. Umso mehr, als die Anti-Transitmaßnahmen zuletzt verstärkten Angriffen ausgesetzt waren.

Über den Trentiner Antrag wundert sich auch Liste-Fritz-Parteiobfrau Andrea Haselwanter-Schneider. Mehr aber noch über die Haltung der Koalitionsparteien. Denn die Liste Fritz hätte für den Dreier-Landtag ebenso einen Antrag zum Lkw-Nachtfahrverbot vorbereitet gehabt. Nur sollte selbiger nicht das Aus, sondern dessen Außer-Streit-Stellung innerhalb der Euregio bewirken. „ÖVP und SPÖ haben unseren Antrag für den Dreier-Landtag aber nicht zugelassen, weil

Foto: Böhm

„Wir wollten nicht einer anderen Region ausrichten, was sie zu tun hat."

Sonja Ledl-Rossmann (Landtagspräsidentin, VP)

sie dort nur Einstimmigkeit möchten", ärgert sich Haselwanter-Schneider nun. Tirols Landtagspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann (VP) gesteht das auch indirekt ein: „Das ist ein schwieriges Thema, wir haben einen offenen Diskurs geführt." Letztlich wolle man aber nicht einer anderen Region ausrichten, was sie zu tun habe. Dass die Trentiner Kollegen das offenkundig nicht so sehen, sei nun halt einmal so.

Für Haselwanter-Schneider sind die Bedenken von VP und SP nichts anderes als ein „vorauseilender Gehorsam": „Wir Tiroler Abgeordneten haben in erster Linie auf die Tiroler Bevölkerung zu schauen, ob es den Südtirolern und Trentinern passt oder nicht." Andernfalls müsse man den Dreier-Landtag „dringend überdenken".

Fakt ist: Noch ist nicht fix, dass der Trentiner Antrag auf die Tagesordnung gesetzt wird. Das entscheidet erst die „interregionale Landtagskommission". Wenn doch, ist der Antrag abgelehnt, wenn einer der drei Landtage geschlossen dagegen stimmt. Tirol hätte es also weiterhin selbst in der Hand ...

Südtirol will aussteigen, Misstöne bei „prima la musica“

Als eine Region traten bisher Tirol und Südtirol beim österreichischen Nachwuchsmusikwettbewerb auf. Jetzt könnte es zum Schlussakkord kommen.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Hier findet die Jugend in der Europaregion grenzüberschreitend zusammen, wird bei jeder sich nur bietenden Gelegenheit hinausposaunt. Die Rede ist von der seit 2006 bestehenden Kooperation zwischen Tirol und Südtirol zur Organisation des jährlich stattfindenden österreichischen Jugendmusikwettbewerbs „prima la musica“. Gegründet wurde „prima la musica“ 1995.

Alle Bundesländer führen seither Landeswettbewerbe durch, Südtirol ist im Verbund mit Tirol quasi das zehnte Bundesland. Abwechselnd wird der Bewerb in Südtirol und im Bundesland Tirol veranstaltet. In der Vorwoche ging der Jubiläumswettbewerb in Landeck zu Ende. 907 MusikerInnen, davon 288 aus Südtirol, nahmen daran teil, um ihr Können unter Beweis zu stellen und sich für den Bundeswettbewerb im Mai in Wien zu qualifizieren.

Doch wie jetzt durchsickert, steht hinter dem gemeinsamen grenzüberschreitenden Musizieren ein großes Fragezeichen. Denn Südtirol will aussteigen, der Aufwand sei zu groß, wird erklärt. Schon seit Wochen gibt es hinter den Kulissen intensive Gespräche, die Verantwortlichen in Tirol bemühen sich um eine Fortsetzung. Schließlich wäre 2026 auch ein Jubiläumsjahr für die Euregio. Nach 30 Jahren „prima la musica“ im heurigen Jahr würden Tirol und Südtirol ihr kleines Jubiläum feiern: 20 Jahre auf der Gesamttiroler Musikbühne.

Offiziell hält sich Südtirol bedeckt. Mehr noch: „Seit nunmehr 30 Jahren ist ‚prima la musica‘ ein Leuchtturm der musikalischen Nachwuchsförderung“, betonte zuletzt noch der Südtiroler Bildungslandesrat Philipp Achammer von der Südtiroler Volkspartei. Aber vor allem er soll treibende Kraft hinter dem geplanten Ausstieg Südtirols sein.

> *„Der Wettbewerb trägt wesentlich dazu bei, dass sich unser musikalischer Nachwuchs bestmöglich weiterentwickeln kann.“*
>
> LR Cornelia Hagele/VP (Bildungslandesrätin)

Das wäre ein großer Verlust, heißt es hingegen in Tirol. Der hiesige Landeswettbewerb ist nämlich einer der größten in Österreich und zieht jährlich rund 1000 Musiktalente aus verschiedenen Musikschulen und Konservatorien an. „prima la musica“ gebe jungen Talenten die Möglichkeit, ihre musikalischen Fertigkeiten weiterzuentwickeln, sich mit anderen zu messen und wertvolle Bühnenerfahrungen zu sammeln, ist Landesrätin Cornelia Hagele (VP) ebenfalls überzeugt.

Das politische Signal könnte auch nicht fataler sein, will die Euregio naturgemäß an der Basis punkten. Und bei den jungen Menschen. Musikalische Rettungsversuche im Sinne der Europaregion sind deshalb auf höchster Ebene zwischen den Landeshauptleuten Anton Mattle und Arno Kompatscher nicht ausgeschlossen. Apropos Kompatscher. Der Südtiroler Landeshauptmann wird Ende der Woche zu seinem Antrittsbesuch bei der neuen Bundesregierung in Wien erwartet.

Kompatscher in Wien

Im Mittelpunkt stehen dabei ein Treffen mit Außenministerin Beate Meinl-Reisinger (NEOS) und Gespräche über die geplante Autonomiereform. Südtirol will verloren gegangene Kompetenzen zurückerlangen. Dabei geht es um die Wiederherstellung der Standards, die 1992 zur Streitbeilegung vor den Vereinten Nationen (UNO) geführt hatten und die durch die italienische Verfassungsreform bzw. Urteile des Verfassungsgerichts über die Jahre immer wieder ausgehöhlt worden waren. Offenbar wurde in der Vorwoche ein entsprechender Verfassungsentwurf übergeben.

Wie immer wird über die Transitpolitik in der Euregio gesprochen, eine Klage Italiens beim Europäischen Gerichtshof ist anhängig. Darüber hinaus ist ein Austausch mit den Südtirol-Sprechern aller im Nationalrat vertretenen Parteien geplant.

Bittere Pille nach dem 30-Jahr-Jubiläum von „prima la musica“ in Landeck: Im nächsten Jahr könnte der renommierte Wettbewerb ohne NachwuchsmusikerInnen aus Südtirol über die Bühne gehen. Foto: Reichle

Beschlüsse mit Gewicht sind im Dreier-Landtag der Euregio seit Jahren Mangelware. Streitpunkte werden in der Regel im Vorfeld aussortiert. Foto: Böhm

Dreier-Landtag: Neuer Wirbel um Transit-Antrag

Während das Trentino das Aus für das Lkw-Nachtfahrverbot fordert, wollte die Liste Fritz per Antrag selbiges in der Euregio außer Streit stellen. Doch VP/SP blockte ab.

Von Manfred Mitterwachauer

Innsbruck – Als wäre der Transit-Antrag aus dem Trentino nicht bereits genug politischer Sprengstoff für den im Juni anberaumten „Dreier-Landtag“, sorgt nun auch eine Tiroler Initiative für Irritationen. Oder besser gesagt: deren Verhinderung.

Wie berichtet, soll die gemeinsame Sitzung der Euregio-Landtage (Tirol, Südtirol, Trentino) das Aussetzen des Lkw-Nachtfahrverbots in Tirol beschließen. So fordert es zumindest ein vom Trentino

Foto: Falk

> *„Dieser vorauseilende Gehorsam ist feig und zeugt nicht von Selbstbewusstsein.“*
>
> Andrea Haselwanter-Schneider (Liste-Fritz-Parteiobfrau)

eingebrachter Antrag. Einer, der vergangene Woche in Tirol für kollektive Empörung sorgte. Schließlich wird das Nachtfahrverbot von Landeshauptmann Anton Mattle (VP) und Verkehrslandesrat René Zumtobel (SP) mit Zähnen und Klauen verteidigt. Umso mehr, als die Anti-Transitmaßnahmen zuletzt verstärkten Angriffen ausgesetzt waren.

Über den Trentiner Antrag wundert sich auch Liste-Fritz-Parteiobfrau Andrea Haselwanter-Schneider. Mehr aber noch über die Haltung der Koalitionsparteien. Denn die Liste Fritz hätte für den Dreier-Landtag ebenso einen Antrag zum Lkw-Nachtfahrverbot vorbereitet gehabt. Nur sollte selbiger nicht das Aus, sondern dessen Außer-Streit-Stellung innerhalb der Euregio bewirken. „ÖVP und SPÖ haben unseren Antrag für den Dreier-Landtag aber nicht zugelassen, weil

Foto: Böhm

> *„Wir wollten nicht einer anderen Region ausrichten, was sie zu tun hat.“*
>
> Sonja Ledl-Rossmann (Landtagspräsidentin, VP)

sie dort nur Einstimmigkeit möchten“, ärgert sich Haselwanter-Schneider nun. Tirols Landtagspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann (VP) gesteht das auch indirekt ein: „Das ist ein schwieriges Thema, wir haben einen offenen Diskurs geführt.“ Letztlich wolle man aber nicht einer anderen Region ausrichten, was sie zu tun habe. Dass die Trentiner Kollegen das offenkundig nicht so sehen, sei nun halt einmal so.

Für Haselwanter-Schneider sind die Bedenken von VP und SP nichts anderes als ein „vorauseilender Gehorsam“: „Wir Tiroler Abgeordneten haben in erster Linie auf die Tiroler Bevölkerung zu schauen, ob es den Südtirolern und Trentinern passt oder nicht.“ Andernfalls müsse man den Dreier-Landtag „dringend überdenken“.

Fakt ist: Noch ist nicht fix, dass der Trentiner Antrag auf die Tagesordnung gesetzt wird. Das entscheidet erst die „interregionale Landtagskommission“. Wenn doch, ist der Antrag abgelehnt, wenn einer der drei Landtage geschlossen dagegen stimmt. Tirol hätte es also weiterhin selbst in der Hand …

Politik in Kürze

Ex-Finanzminister wird Hypo-Aufsichtsrat

Im Aufsichtsrat der **Hypo Tirol Bank** stehen demnächst personelle Änderungen an. ÖVP-Nationalratsabgeordneter **Jakob Grüner** (ÖVP), **Daniel Mathoi** und **Daniela Kruckenhauser** werden aus dem Gremium ausscheiden. Es gibt prominente Nachbesetzungen, schließlich zieht mit **Gunter Mayr** sogar ein ehemaliger Finanzminister in den Hypo-Aufsichtsrat ein. Der gebürtige Tiroler und Sektionschef für Steuerpolitik und Steuerrecht im Finanzministerium leitete dieses nach dem Ausscheiden von **Magnus Brunner** bis zur Angelobung der neuen Bundesregierung. Mayr soll auf ausdrücklichen Wunsch von LH **Anton Mattle** (VP) diese Funktion übernehmen. **Julia Hautz,** Professorin für strategisches Management an der Universität Innsbruck, sowie die von der SPÖ vorgeschlagene Nationalrätin **Selma Yildirim** gehören künftig ebenfalls dem Kontrollorgan der Hypo an.

Unerwartete Schützenhilfe gibt es nun für Bildungslandesrätin **Cornelia Hagele** (VP) in Sachen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung seitens der NEOS. Wohl auch mit Blick auf die eigene Regierungsbeteiligung im Bund begrüßt NEOS-Klubobfrau **Birgit Obermüller** die im Pilotprojekt von Schwarz-Rot angepeilte Harmonisierung der Elternbeiträge. Wie berichtet, gibt es daran massive Kritik, allen voran aus jenen Gemeinden, die derzeit ein Gratis-Angebot haben. „Schwaz und Zams müssen nun diese Entscheidung mittragen und ihre Gratis-Angebote aufgeben“, fordert Obermüller. Zwar würden auch die Pinken ein allgemeines kostenlosen Betreuungsangebot bevorzugen, aber „aufgrund der klammen Gemeinde- und Landeskassen ist das leider nicht möglich“. *(pn, mami)*

NR Selma Yildirim (SPÖ) und der kurzzeitige Interims-Finanzminister Gunter Mayr rücken in den Aufsichtsrat der Hypo Tirol auf. Fotos: TT/Liebl, APA/Fohringer

Gekennzeichneter Download (ID=3gNzPUqX3MRYq4cHo9R5-UA_TCsyFmJDZHEu7MebBXg)

Die Pflege macht erneut Druck

Schwerarbeiter-Pensionen in der Pflege werden fast immer verwehrt. Das könnte sich mit der neuen Regierung ändern. Eine Tirolerin reaktiviert nun die Petition „Pflege ist Schwerstarbeit“, 166.000 Unterstützer hat sie bereits.

Von Liane Pircher

Innsbruck – Laut neuem Regierungsabkommen sollen Pflegeberufe künftig in die Schwerarbeitsregelung aufgenommen und soll für Pflegekräfte damit der Zugang zu einer entsprechenden Pension (vor 65) vereinfacht werden. Diese Ankündigung hat die Tiroler Diplom-Pflegerin Carolin Astner wieder tätig werden lassen: Sie hat vor einer Woche ihre Online-Petition „Pflege ist Schwerstarbeit“ mittels der zivilgesellschaftlichen Kampagnenorganisation #aufstehn wieder aktiviert. Bereits vor zwei Jahren hatte sie rund 85.000 Unterschriften gesammelt und diese dem damaligen Gesundheitsminister Johannes Rauch (Grüne) in Wien übergeben. Was seitdem bundesweit passiert ist? Nichts.

Enorme Belastung

Nun haben binnen weniger Tage Tausende die Petition unterzeichnet, aktuell sind es knapp über 166.000. „Es muss endlich was passieren, damit möglichst viele diesen Beruf unter besseren Bedingungen ausüben können“, so Astner. Viele PflegerInnen würden sagen, dass sie den Gesundheitsberuf in Vollzeit neben ihren Alltags- und Familienaufgaben über Jahre einfach nicht (mehr) aushalten. Besonders in den letzten Jahren bis zur Pensionierung spitze sich das oft zu. „Je nach Station ist es eine sehr kräftezehrende Arbeit und man könnte mit der Anerkennung als Schwerarbeit eine bessere Perspektive schaffen, dass möglichst viele in ihrem erlernten Beruf bleiben“, sagt Carolin Astner.

Dass Beschäftigte in Pflegeberufen systematisch benachteiligt und ihre Anträge auf Schwerarbeitspension fast durchgehend abgelehnt werden, erlebt man beim ÖGB Tirol seit Jahren. Die Gewerkschafter werden immer wieder in Fällen tätig, in denen die Pflegearbeit von der Pensionsversicherungsanstalt (PVA) nicht als Schwerarbeit anerkannt wird. Zuletzt, so der ÖGB, habe man zumindest bei einem Pfleger, der jahrzehntelang in der Langzeitpflege tätig war, einen Erfolg erzielt: Allerdings brauchte es dafür den Nachweis von Dienstplänen der letzten 20 Jahre inklusive Stockeinteilungen sowie die jeweiligen Pflegestufen der zu Pflegenden. In einem anderen Fall war die Pflegerin zwar in einem Ausmaß von 82,5 Prozent (33 Wochenstunden) beschäftigt, aber aufgrund von Teilzeit wurden die Bedingungen für eine Schwerarbeitspension nicht erfüllt. Gutachter werten nämlich lange und belastende 12-Stunden-Schichtdienste „nur“ als einen Tag.

Verzweifelte Antragsteller

Spricht man mit Pflegerin Astner, dann erfährt man, dass viele „deshalb in Teilzeit arbeiten, weil sie ohnehin ständig wegen Ausfällen einspringen müssen. Das System stimmt nicht.“ Laut ÖGB gibt es viele verzweifelte Antragsteller: „Die Regelungen sind ein unzumutbarer Aufwand für alle Beteiligten. Hier geht es darum, die Branche attraktiv für BerufseinsteigerInnen zu gestalten, aber auch darum, bestehendes Personal zu halten“, sagt ÖGB-Vorsitzende Sonja Föger-Kalchschmied.

Der Beruf sei schön, aber physisch und psychisch anstrengend, sagt Ines Viertler. Landessprecherin des Österreichischen Gesundheits- und Krankenpflegeverbands (ÖGKV). Sie verweist auf eine Studie, die zeigt, dass rund 84 Prozent der befragten Pflegeteams aufgrund der hohen Arbeitsbelastung und wegen Personalmangel „teils notwendige Patienten-Versorgungen weglassen müssen“. Vehement hinter Pflege als Schwerarbeit stellt sich die Liste Fritz. Man müsse die Pflege, wie ursprünglich, wieder als Schwerarbeit einstufen: „Pflege ist eine körperlich und psychisch belastende Arbeit. Bis 65 Jahre ist das in vielen Fällen nicht durchzuhalten“, sagt Parteiobfrau Andrea Haselwanter-Schneider. Schon jetzt sei es so, dass viele auf 80 Prozent eingestuft seien, um nicht in eine Dauerüberlastung zu kommen. Durch das viele Einspringen kämen viele ohnehin auf Vollzeit. Pflegerin Astner will ihre Petition jedenfalls weiter antreiben, sobald es 200.000 Unterschriften sind, wird sie diese an Gesundheitsministerin Korinna Schumann (SPÖ) überreichen. Man müsse dranbleiben, damit es tatsächlich zur Umsetzung der Ankündigung und damit zur Reform kommt, sagt Astner.

> *„Wenn wir die Pflege auch für kommende Jahre absichern wollen, ist die unbürokratische Anerkennung der Schwerarbeit das A und O.“*
>
> Sonja Föger-Kalchschmied (ÖGB-Landesvorsitzende)

Foto: ÖGB

> *„Pflege ist eine körperlich und psychisch belastende Arbeit. Bis 65 Jahre ist das in vielen Fällen nicht durchzuhalten.“*
>
> Andrea Haselwanter-Schneider (Liste-Fritz-Parteiobfrau)

Foto: privat

> *„Auf lange Sicht ist der Pflegeberuf in Vollzeit ohne gesundheitlichen Schaden kaum zu schaffen. Die Arbeit ist physisch und psychisch anstrengend. Deshalb arbeiten auch so viele in Teilzeit.“*
>
> Carolin Astner (Diplom-Pflegerin, Initiatorin Petition)

Foto: privat

Wegen Personalnot in der Pflege müssen derzeit viele OP-Termine an der Klinik Innsbruck abgesagt werden. Aus Sicht des Pflegepersonals muss mehr getan werden, damit man den Beruf über Jahre gut praktizieren kann. Die Belastungen würden steigen. Fotos: Thomas Böhm